

April 2019
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

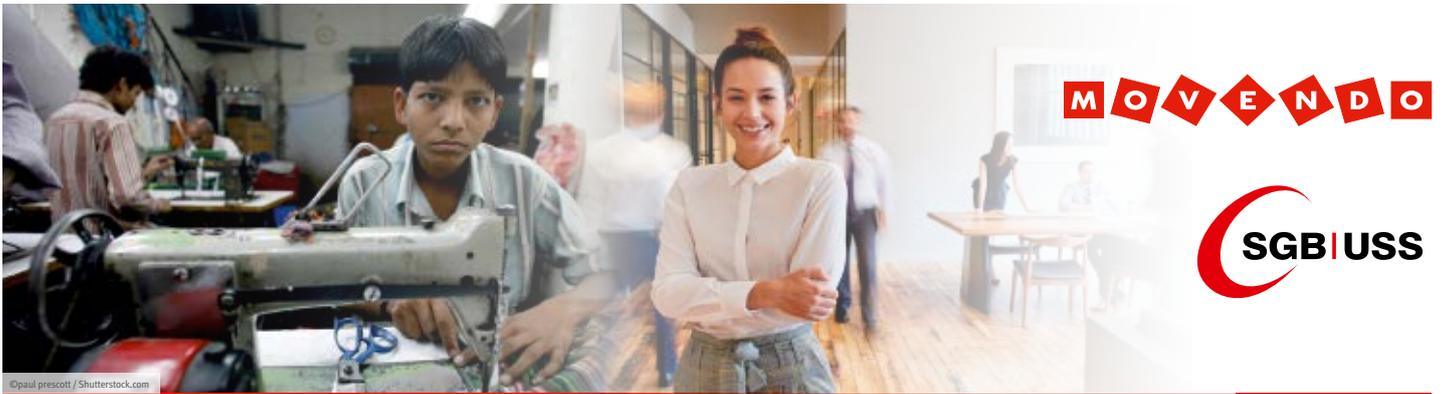
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Schönes Ei? Faules Ei! Nein zur AHV-Steuer vorlage

Warum STAF eine Mogelpackung und ein Weg in die Sackgasse ist

Kampflustige VPOD-Gesundheitskonferenz mit Mathias Binswanger und Franco Cavalli



MOVENDO



100 Jahre Erfolgsgeschichte für Arbeitnehmende

Die International Labour Organisation (ILO)

Tagung am Dienstag, 25. Juni 2019 in Bern

1919 Die enormen Probleme der Arbeitenden werden durch den Ersten Weltkrieg verschärft. Stichworte sind: Arbeitslosigkeit, Armut, Abbau von Arbeitsschutz. Die ILO wurde 1919 auf Druck der Gewerkschaften gegründet, um diese haltlosen Zustände zu bekämpfen.

2019 Die Durchsetzung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen ist aktueller denn je! Die fortschreitende Globalisierung der Märkte braucht internationale Spielregeln, um die Rechte der Arbeitnehmenden zu schützen. Die Tagung gibt Einblick in brisante Debatten und zeigt auf, wie die Gewerkschaften die Interessen von Arbeitnehmenden im globalen Powerplay durchsetzen.

Datum und Zeit: Dienstag, 25. Juni 2019, 09.30–16.30 Uhr

Ort: Bern, Hotel Kreuz

Tagungsgebühr: gratis für Mitglieder von Garanto, Nautilus, SEV, syndicom, Unia und VPOD
Nichtmitglieder: CHF 250.–

Info/Anmeldung: info@movendo.ch, www.movendo.ch



Referierende: Corinne Schärer, Präsidentin Movendo, Leiterin Abteilung Politik Unia | Jean-Jacques Elmiger, Botschafter, Präsident der Konferenz 2019 der ILO | Anna Biondi, Vizedirektorin Büro für Arbeitnehmendenfragen (ACTRAV), ILO | Eva Maria Belser, Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht Universität Freiburg | Yvonne Zimmermann, Koordinatorin Solifonds | Luca Cirigliano, Zentralsekretär SGB, Delegierter Arbeitnehmende Schweiz bei der ILO | Blaise Matthey, Geschäftsführer FER Genf, Delegierter Arbeitgebende Schweiz bei der ILO | Bernard Thibault, Mitglied des Verwaltungsrats der ILO | Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Delegationsmitglied Arbeitnehmende Schweiz | Stefan Giger, Generalsekretär VPOD | Bernhard Herold, Programmleiter Asien, Solidar Suisse | Anne Meier, Anwältin

Themen des Monats

- 5 Vom Liken zum Streiken**
Der VPOD organisiert den Frauenstreik online und offline
- 6 Löchrige Leitung**
Wissenschaft: Je höher die Stufe, desto weniger Frauen
- 7 Ganz in Weiss**
Umkleidezeit wird Arbeitszeit – die VPOD-Kampagne gewinnt an Fahrt
- 8–10 Bin i gopfridstutz e Bank?**
Kämpferische Verbandskonferenz Gesundheit in Solothurn
- 11–15 Dossier: Nein zur AHV-Steuer vorlage**
Regula Rytz und Katharina Prelicz-Huber erläutern, warum STAF in die Sackgasse führt
- 17 Wackelrente wäre Vertrauensbruch**
Die Senkung laufender Renten kommt nicht in Frage
- 18 Die Weggesperren**
Neuerscheinungen zur Versorgungspraxis bis 1981
- 22–23 1. Mai**
Termine, Rednerinnen, Kulinarisches und Musikalisches

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 16 Aus den Regionen und Sektionen**
- 19 Sunil Mann:** Trendfutter
- 20 Wirtschaftslektion:** «It's the ideology, stupid»
- 21 Wettbewerb:** Frauenarbeit
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD:** Kein Automatismus
- 26 Solidar Suisse:** Mit Whatsapp in den Arbeitskampf
- 27 Menschen im VPOD:** Maya Weber Hadorn, Ostermundigen

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 3, April 2019
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Sind so hohle Hände

«Sind so kleine Hände», sang Liedermacherin Bettina Wegener 1976. Rotkäppchen dagegen stellte bei der bettlägerigen Grossmutter übermässig grosse Greifer fest, aber das war dann ja auch gar nicht die Grossmutter. In erster Linie *teuer* sind die Hände auf der neuen Tausendernote. Die rechte dürfte einer Frau, die von links ins Bild greifende einem Mann gehören. Was will uns der Händedruck sagen? Die Entschlüsselung der Handzeichen ist auch bei den anderen Werten der neuen Serie nicht leicht. Auf der Zehnernote geht's angeblich um die Zeit, auf dem Zwanziger ums Licht. 50 Franken kostet der Wind, 200 die Materie. Und die Tausendernote widmet sich der Kommunikation.

Warum eigentlich dieses seltsam bodenlose, ätherische Programm? Weil die Promis langsam ausgehen, die anständigen sowieso: Jacob Burckhardt, des Handschlags Vorläufer; ein eingefleischter Antisemit und Antidemokrat. Auguste Forel (1000 Franken, 6. Notenserie): Grossvater der Rassenhygiene. Le Corbusier (10 Franken, 8. Serie): ein Sympathisant des Vichy-Regimes. Und Alberto Giacometti (100 Franken, 8. Serie, noch im Umlauf) war ein Mann mit entsprechend vielschichtigen Bedürfnissen (Frau + Geliebte + Prostituierte).

Trotz Entfernung solcher Angriffsflächen stösst auch der jüngste Schein auf Kritik. Während im Euroland der 500er abgeschafft ist, schickt die Schweiz weiterhin teures Papiergeld in die Welt hinaus, obwohl dieses zum Bezahlen gänzlich ungeeignet ist. Zweckmässig ist das Format hingegen, wenn jemand möglichst grosse Summen in einem unauffälligen Köfferchen verstauen will. Die Nettoumlaufstatistik der Tausendernote ergibt – bei insgesamt steigender Tendenz – einen regelmässigen Wellenschlag. Jedes Jahr im Dezember zuckt die Kurve nach oben, im neuen Jahr schwappt sie zurück. Der Göttibutzen zu Weihnachten? Selbst die NZZ mutmasst, dass die Auffälligkeit einem Steuertrick geschuldet ist: Vermögen wird Ende Jahr in Bares umgewandelt, damit es im Steuerausweis nicht erscheint.

Zurück zum Handschlag. Noch heute ist er Besiegelung von Vertrag und Wette. Als Begrüssung der Lehrerin war er zu meiner Zeit nicht üblich. Es scheint, dass man den Brauch erst angesichts misogyner Muslime zur Leitkultur erhoben hat. Berühmt ist der Handshake im Logo der einstigen SED. Im Original 1946 streckt Wilhelm Pieck seine KPD-Hand von links, Otto Grotewohl die SPD-Kelle von rechts. Muss ja auch so sein. Das Fussvolk sprach von «abgehackten Händen».

Was kommt auf der noch fehlenden Hunderternote? Ghettofaust? High Five? Gekreuzte Finger? Nein, es sind die hohlen Hände; sie sollen das Thema Wasser illustrieren und die «humanitäre Seite der Schweiz». Hohle Hand, humane Schweiz? Hier scheint ein Missverständnis vorzuliegen. Oder ein bössartiger Kommentar.



VPOD grüsst Klimastreik

Die VPOD-Verbandskommission Bildung Erziehung Wissenschaft und die VPOD-Delegiertenversammlung begrüssen die Mobilisierung der Jugendlichen für das Klima. Die Lehrpersonen freuen sich, dass die Jugend unter dem Motto «Wozu lernen, wenn wir keine Zukunft haben?» die Dringlichkeit ihres Anliegens unterstreicht. Schulleitungen werden gebeten, auf Sanktionen für klimaaktive Schülerinnen und Schüler zu verzichten. | *vpod* (Foto: Leonhard Lenz/Wikimedia CC)

Fahrvergünstigung für öV-Personal: Kein Neid!

Wieder einmal ein «Skandal» in der Sonntagspresse: die Fahrvergünstigung für das Personal des öffentlichen Verkehrs. Das Gratis-GA sei ein Geschenk, ein Privileg? Der VPOD stellt klar, dass die Vergünstigung schlicht ein steuerbarer Lohnbestandteil ist, dass ihm also nichts Unrechtes anhaftet. Auch von einem «streng gehüteten Geheimnis» kann keine Rede sein: Die Regelung ist absolut transparent. | *vpod/slt*

Bus-Ausschreibung im Jura: Gefahr erkannt

Die Regierung des Kantons Jura hat aus Sicht der Gewerkschaften die Dumpinggefahr bei der Ausschreibung von Buslinien erkannt – und richtig reagiert. Syndicom und SEV begrüssen die Zusicherung des jurassischen Verkehrsdirektors David Eray, dass sich die Zuschlagskriterien an den beiden GAV Chemins de fer du Jura (CJ) und PostAuto orientieren werden. Das setze auch ein Zeichen auf nationaler Ebene, betonten die beiden Gewerkschaften. | *vpod*

Kontrolliert geschwänzt: Klimastreik.

Kontrolliert frisiert: Coiffeur-GAV.

Hinnehbare EL-Revision

Die EL-Allianz, der auch der VPOD angehört, sieht die vom Parlament verabschiedete EL-Revision zwar mit gemischten Gefühlen, betrachtet sie aber unter dem Strich als hinnehmbar. Schmerzhaft sind die Senkung der Vermögensbeiträge, die Kürzung der Beiträge für Kinder und die Herabsetzung des EL-Mindestbetrags. Sie werden durch soziale Fortschritte kompensiert: Die seit 2001 nicht mehr angepassten Beiträge für Mieten werden endlich erhöht. Wertvoll ist die Möglichkeit für Arbeitnehmende ab 58, auch bei Stellenverlust in der Pensionskasse zu verbleiben. | *elal*

Kontrolliert frisieren

Die Sozialpartner ziehen für das erste Jahr des Coiffeur-GAV eine positive Bilanz. Der allgemeinverbindlich erklärte Vertrag gilt für rund 4200 Salons mit 10700 Beschäftigten (zu 95 Prozent Frauen). Die Mindestlöhne und die Förderung der Weiterbildung sorgten für eine Aufwertung des Branchen-Images und für bessere Perspektiven der Berufsleute, stellt die Unia fest. Der Kampf gegen Lohndumping bleibt dringlich. | *unia/slt* (Foto: megaflopp/iStock)

CH-Media baut ab

Der fusionierte Grossverlag CH-Media (AZ-Zeitungen, *Luzerner Zeitung*, *St. Galler Tagblatt*, Radio- und TV-Sender) baut scheinbar ab. Im Wochenabstand kommunizierte er eine Massentlassung auf den Redaktionen seiner Sonntagszeitungen, dann Kündigungen im Radio- und Fernsehbereich. In den Augen der Syndicom ist das «Salamiattik»; ein publizistisches Konzept sei nicht ersichtlich. In einigen Regionen hat CH-Media faktisch ein Monopol. | *syndicom*

Strommarkt: Übung abrechnen!

In der Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes spricht sich der VPOD vehement gegen die vollständige Öffnung des Strommarkts aus. Die Übung sollte ersatzlos abgebrochen werden. Sie brächte vor allem die Arbeitsbedingungen unter Druck, und die Betriebe müssten Marketingausgaben erhöhen. Den Konsumentinnen und Konsumenten dient das am Ende des Tages nicht – das konnte an ausländischen Beispielen zur Genüge studiert werden. | *vpod*

Bundespensional will 200 Franken mehr für alle

Den vollen Teuerungsausgleich sowie 200 Franken pro Monat mehr für alle – das fordert die Verhandlungsgemeinschaft Bundespensional VGB, der auch der VPOD angehört, vorsorglich für 2020. Davon würden die Mitarbeitenden in den tieferen Lohnklassen vergleichsweise stärker profitieren als das Kader. Die VGB fordert den Bund weiter zu konkreten Massnahmen für die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie auf. | *vgh/slt*

Der VPOD organisiert den Frauenstreik am 14. Juni online und offline

Vom Liken zum Streiken

Die Mobilisierung für den Frauenstreik nimmt Fahrt auf. Kollektive haben sich gebildet, Manifeste werden geschrieben, Streikideen vorbereitet. Auch der VPOD ist an der Organisation des 14. Juni an vorderster Front dabei.

| Text: Natascha Wey (Foto: Annette Boutellier)

Das Interesse am geplanten Frauenstreik (oder: «Frauen*streik», siehe Kasten) ist riesig. Am 14. Februar haben wir vom VPOD unseren Aufruf www.frauenstreik19.ch lanciert. Seither haben sich gegen 4000 Interessierte eingetragen; sie möchten Infos, sie wollen sich engagieren, sie haben Geld gespendet – oder alles zusammen. Erfreulich: Es sind auch viele Noch-nicht-Mitglieder aus VPOD-Branchen dabei, die sich einbringen möchten. Willkommen im Club!

Das VPOD-Frauenstreikteam ist daran, die Streikwilligen in Absprache mit den Regionen zu kontaktieren und sie zu unterstützen, damit der 14. Juni ein grosser Erfolg wird. Parallel dazu liefern wir Grundlageninformationen. Zum Ablauf am fraglichen Freitag sind bereits einige Elemente fix: Um 11 Uhr soll es in der gesamten Schweiz einen gemeinsamen Moment geben, an dem Aktionen, Flashmobs oder sonstige Proteste laut werden. Um 15.30 Uhr ist dann für alle Frauen Arbeitsschluss. Dieser Zeitpunkt gilt, weil Frauen immer noch 20 Prozent weniger verdienen und daher, auf einen 8-Stunden-Tag gerechnet, ab 15.24 Uhr gratis arbeiten. Gegen Abend wird es dann an vielen Orten Demos und Feste geben.

Ist der Streik erlaubt?

«Dürfen wir überhaupt streiken?», möchten viele wissen. Dazu haben VPOD-Gleichstellungssekretärin Christine Flitner und VPOD-Generalsekretär Stefan Giger ein Merkblatt ausgearbeitet (zu finden unter www.vpod.ch). Um es vorwegzunehmen: Ja, der Frauenstreik ist legal! Das Streikrecht steht seit 1999 in der Bundesverfassung. Auch die Gleichstellung der Geschlechter wäre seit 1981 ein Verfassungsgrundsatz, seit 1996 im Gleichstellungsgesetz konkretisiert. Trotzdem bewegt sich an dieser Front wenig. Der Frauenstreik ist also eine politische Aktionsform und ein Mittel, Arbeitsrechte zu verteidigen und Verbesserungen einzufordern. Der VPOD ruft aktiv dazu auf! Mieux d'un rêve, une grève!

Noch schickere Streikkleidung gibt's im VPOD-Shop.



Natürlich müssen einige Dinge berücksichtigt werden: Berufsgruppen mit Betreuung- und Fürsorgeaufgaben müssen zum Beispiel sicherstellen, dass Klienten oder Patientinnen oder Kinder betreut sind. Bei Fragen hilft das VPOD-Sekretariat gerne weiter. Für Mitglieder, die nicht den ganzen Tag streiken wollen oder können, gibt es andere Aktionsformen, von der Protestpause über den Bleistift- und den Bummelstreik bis zum Tragen eines Ansteckknopfs. Weitere Aktionsideen gibt ein Merkblatt (ebenfalls unter www.vpod.ch).

Wichtig ist, dass an diesem Tag sichtbar ist: Eine Gesellschaft und eine Arbeitswelt ohne die Arbeit von Frauen sind nicht denkbar. Neben den unterschiedlichen Protestformen ist natürlich das Ausarbeiten von konkreten Forderungen ein wichtiger Bestandteil. Dies geschieht idealerweise bereits im Vorfeld, damit Forderungen am Streiktag selber entweder der Geschäftsleitung oder den politisch Verantwortlichen übergeben werden können.

Schickt Fotos!

Weiter werden bereits jetzt vielerorts Workshops zur Gleichstellung und zur Vereinbarkeit organisiert. Es können Plakate, Schür-

zen, Fahnen, Besen oder Transparente aus dem Fenster gehängt werden. Frau kann sich Streik-T-Shirts und Bandanas anziehen, Buttons anstecken oder sich ganz in Violett kleiden. Auch diesbezüglich waren wir nicht untätig: Geeignete Streikgarderobe bieten wir in unserem Online-Shop (www.vpod.ch) an, selbstverständlich im schicken VPOD-Design und in allen Grössen und Formen. Schickt uns Fotos eurer Streikaktionen, damit wir vielfältig darüber berichten können!

Frauen, Frauen* und Männer

Der Stern in der offiziellen Schreibweise «Frauen*streik» soll zeigen, dass alle Arten von Frauen angesprochen sind, etwa auch Transsexuelle – kurz: «alle ausser Cis-Männer» («ein Cis-Mann ist ein Mann, der sich in dem sozialen Geschlecht wiedererkennt, das ihm bei der Geburt zugewiesen worden ist»). Aber auch diese Spezies ist am Frauenstreik gefragt, denn so ein Tag macht viel Arbeit. Aufbau, Abbau, Demoorganisation, Restauration – helfende Hände sind überall willkommen. Solidarische Männer können sich auf www.vpod.ch/frauenstreik melden.

| vpod

Wissenschaft: Bei den Studierenden sind die Frauen in der Mehrheit – aber ihr Anteil sinkt mit jeder Hierarchiestufe

Löchrige Leitung

Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Forschung ist nicht erreicht – weder in Europa noch in der Schweiz. Die Daten des Bundesamts für Statistik, die in einem Bericht der Europäischen Kommission publiziert wurden, zeigen deutlich die «Leaky Pipeline» nach oben. | Text: BFS/slt (Foto: gilaxia/iStockphoto)

Seit mehreren Jahren besteht unter den Studierenden an Schweizer Hochschulen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. 2016 machten die Frauen 51 Prozent der Immatrikulierten und sogar 54 Prozent der Bachelor- und Master-Diplomierten aus. Aber je höher man die akademische Karriereleiter hinaufsteigt, desto geringer ist der Frauenanteil. Dieses Phänomen wird auch «Leaky Pipeline» («löchrige Leitung») genannt (siehe Kasten). Die Studie «She Figures» der Europäischen Kommission, in deren Rahmen auch die Schweizer Daten veröffentlicht worden sind, unterscheidet 6 Stufen der akademischen Laufbahn: Studium, erster Abschluss, Dokortitel, unterer akademischer Mittelbau, oberer akademischer Mittelbau und Professur.

Tierärztin ist zu einem Frauenberuf geworden – Ingenieurin (noch) nicht.



EU leicht besser als die Schweiz

Ob in der Schweiz oder in der EU: Die geschlechterspezifischen Unterschiede in der akademischen Laufbahn lassen sich ab Stufe 3 (Doktorat) beobachten. 2016 betrug der Frauenanteil bei den frisch Doktorierten in der Schweiz 44 Prozent (in der EU: 48 Pro-

zent). Dann werden die Frauen immer seltener: Im unteren akademischen Mittelbau sind sie noch zu 41 Prozent, im oberen zu 34 Prozent vertreten. Auf der Ebene Professur stellen die Frauen 23 Prozent. In der EU gibt es mit 46, 40, 24 Prozent Frauen auf den oberen Stufen eine etwas höhere Frauenvertretung, aber die gleiche Tendenz.

Die Unterschiede nach Fachgebiet sind allerdings enorm. Von den Doktoraten in den Informations- und Kommunikationstechnologien stammen nur 15 Prozent von Frauen, im Ingenieurwesen sind es 27 Prozent. Dagegen sind die Bereiche Landwirtschaft/Tiermedizin (76 Prozent Frauen), Pädagogik (61 Prozent) und Sozialwissenschaften (58 Prozent) inzwischen stark weiblich geprägt. Auch in der Humanmedizin (57 Prozent) und den Geisteswissenschaften (53 Prozent) stammen die frischen Doktorarbeiten mehrheitlich aus Frauenhand.

Untervertreten sind die Frauen unter den Dozierenden mit Führungsverantwortung, und zwar auch in jenen Domänen, wo sie noch beim Doktorat in der Überzahl waren. Etwa in der heute stark weiblich geprägten Veteri-

närmedizin, wo Frauen unter den Dozierenden mit Führungsverantwortung 29 Prozent ausmachen.

Noch weniger sind es, weil dort bereits weniger Frauen nachkommen, in den Naturwissenschaften (14 Prozent) und im Ingenieurwesen (13 Prozent). Ebenso fehlen Frauen in strategischen Funktionen der Wissenschaft: Ein gutes Viertel (27 Prozent) der Mitglieder von Forschungsräten und ein knappes Drittel (30 Prozent) der Hochschuldirektorate sind weiblich.

Langsame Veränderung

Bei der Betrachtung über einen längeren Zeitraum zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Männern und Frauen tendenziell geringer werden, allerdings ziemlich langsam. Von 2009 bis 2016 ist in der Schweiz der Frauenanteil bei den Doktoraten nur um 2 Prozentpunkte gestiegen (von 42 auf 44 Prozent). «Es ist davon auszugehen, dass es noch einige Zeit dauern wird, bis in diesem Bereich die Gleichstellung von Frau und Mann erreicht wird», kommentiert das Bundesamt für Statistik.

Wer ist schuld am Graben?

Zu den Gründen für den Gender-Gap lässt sich das Bundesamt für Statistik in seiner Medienmitteilung nicht aus. Zwei Mutmassungen drängen sich auf: Das Leck in der «Pipeline» dürfte sich zu einem guten Teil mit der schwierigen Vereinbarkeit erklären lassen. Eine wissenschaftliche Karriere und die Verantwortung für Kinder gehen nicht leicht zusammen; besonders die heute geforderte internationale Mobilität dürfte hemmend wirken. Mit Kindern zieht sich's nicht so leicht von Bern nach Berkeley und dann nach Berlin. Was aber ist der Grund für die hartnäckigen Unterschiede nach Fächern? Verdienst- und Karriereaussichten? Fehlende Vorbilder? Vorübergehende Trends? Oder doch eher innere Neigungen, die einer gezielten Beeinflussung schwer zugänglich sind? | slt

Umkleidezeit wird Arbeitszeit – die VPOD-Kampagne gewinnt an Fahrt

Ganz in Weiss

Die Forderung des VPOD, dass Umkleiden bezahlte Arbeitszeit ist, wird inzwischen nicht mehr bestritten.

Einige Betriebe haben bereits mit der Umsetzung begonnen. | Text: *Elvira Wiegers et al./VPOD* (Foto: Gaëtan Bally/Keystone)

Das Geschäft mit der Gesundheit brummt. Hunderte von Millionen von Franken werden in Neubauten mit todschicken Inneneinrichtungen gepumpt. Hier ein neues Bettenhaus, dort ein Ambulatorium. Das Geld dafür scheint in Hülle und Fülle vorhanden zu sein. Fehlen tut es dann an einem anderen Ort, nämlich in den Taschen des Personals. Hier wird gespart und geschmürzelt, ungeachtet der Tatsache, dass fast 40 Prozent des Gesundheitspersonals wieder aus dem Beruf aussteigen und dass permanenter Personalmangel für immer mehr Stress bei jenen sorgt, die den Bettel noch nicht hingeschmissen haben.

Der berühmte Tropfen

Das Gesundheitspersonal hat die kontinuierliche Verschlechterung seiner Arbeitsbedingungen in der Vergangenheit meist ohne Murren hingenommen – bis der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen brachte. Im Fall des Universitätsspitals Zürich (USZ) war es die Ankündigung eines neuen Garderobensystems, das zu noch längeren Umkleide- und Wegzeiten führen wird. Im USZ hat denn auch im vergangenen September die Kampagne «Umkleidezeit ist Arbeitszeit» ihren Anfang genommen. Das grosse und anhaltende Medienecho hat dazu beigetragen, dass die Kampagne relativ schnell auch in anderen Regionen lanciert werden konnte: Noch im Dezember des vergangenen Jahres startete sie in den Kantonen Solothurn und St.Gallen, im Februar folgte der Kanton Freiburg.

Nachdem die Rechtmässigkeit der VPOD-Forderung anfänglich von Organisationen wie dem Verband der Zürcher Krankenhäuser bestritten worden war, anerkennen heute sowohl Spitäler als auch der nationale Dachverband der Schweizer Spitäler H+, aber etwa auch die Regierung des Kantons Zürich Handlungsbedarf. Konkret geht es um die Umsetzung des nationalen Arbeitsgesetzes. Die Frage lautet nun: Muss der VPOD mit jedem einzelnen Schweizer Spital eine eigene Vereinbarung erkämpfen? Oder liegt die

Lösung möglicherweise in einer nationalen Regelung?

H+ schreibt in einem internen Brief an die Spitaldirektorinnen und Spitaldirektoren: «Mehrere konsultierte Juristen und das Seco teilen die Ansicht mit H+, dass angeordnete Umkleidezeit Arbeitszeit sei und in geeigneter Form abgegolten werden müsse. Eine generelle Empfehlung an die Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen, Umkleidezeiten als Arbeitszeit anzurechnen und diese auch zu bezahlen, macht H+ jedoch nicht.» H+ ist also gegen eine flächendeckende Anerkennung der Umkleidezeit und empfiehlt stattdessen eine betriebliche Umsetzung, wo sich eine Regelung nicht vermeiden lässt.

Klage oder Einigung?

Als erste gab im Februar die Zürcher Schult Hess-Klinik bekannt, dass sie rückwirkend ab Anfang 2019 eine tägliche Umkleidezeit von 15 Minuten als Arbeitszeit anrechnet. Auch andere Spitäler haben sich inzwischen bewegt und mit dem VPOD Gespräche geführt oder die Einführung der bezahlten Umkleidezeit bereits in Angriff genommen. So soll

im Zürcher Kinderspital («Kispi») dank der Kampagne des Zürcher VPOD-Sekretärs Roland Brunner ab April eine entsprechende Regelung gelten. Der VPOD wird die konkrete Umsetzung und deren Auswirkungen auf die übrigen Arbeitsbedingungen mit grossem Interesse verfolgen. Die Stadt Zürich wiederum hat beschlossen, die Frage der Umkleidezeit für alle städtischen Betriebe und Angestellten zu überprüfen, nicht nur für die Spitäler.

Solange die Schweizer Spitäler keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung machen, fordert der VPOD weiterhin seine Mitglieder auf, ihm eine Vollmacht für eine Lohnnachforderung für die letzten 5 Jahre zu erteilen. Bei einer Vollzeitstellung macht das pro Kopf rund 2½ Monatslöhne aus. Bereits jetzt hat die vom VPOD errechnete Klagesumme die Millionengrenze überschritten. Ob diese Lohnnachforderungen vor Gericht durchgesetzt werden, hängt schliesslich stark davon ab, wie grosszügig die Angebote der Spitäler ausfallen, die Umkleidezeit anzurechnen. Der VPOD ist jedenfalls bereit und wird die Kampagne bis dahin auf weitere Regionen ausdehnen.

*Ganz einfach:
Wo Arbeitskleidung
Pflicht ist, gehört
das Umziehen zur
Arbeitszeit.*



Verbandskonferenz Gesundheit, 14./15. März im Alten Spital Solothurn, mit Franco Cavalli und Mathias Binswanger als Hauptrednern

Bin i gopfridstutz e Bank?

Das Schweizer Gesundheitswesen krankt. Der Arzt Franco Cavalli und der Ökonom Mathias Binswanger kamen an der VPOD-Verbandskonferenz Gesundheit in Solothurn zu ähnlichen Diagnosen: Fehlanreize durch falsche Finanzierung. Namentlich die Teilnehmerinnen sind kampf- und streiklustig. | Text und Fotos: Christoph Schlatter



Kämpferisch aufgestellt: VPOD-Verbandskonferenz Gesundheit.

Zwei Freiburger Kolleginnen gerieten zuerst ins Bürgerspital, also ins akut-aktuelle statt ins Alte Spital. Aber sie wurden dort sofort wieder entlassen und fanden letztlich ebenso den Weg zur Verbandskonferenz wie jene Kolleginnen aus dem Tessin, die zum ersten Mal in ihrem Leben nördlich des Gotthards weilten (was die germanischen Götter allerdings mit Dauerregen quittierten). Im Innern war die Stimmung in Solothurn durchaus heiter. Heiter, aber kämpferisch, um genau zu sein. Kritisch kann man allerdings sehen, dass jetzt auch beim VPOD die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Das Signal zum Umtrunk verband die Konferenzleitung mit dem Appell, beim Weisswein Streikmöglichkeiten für alle Bereiche des Gesundheitswesens zu erörtern, die anderntags abgefragt würden...

Fehlanreize aller Art

Auch wenn die beiden Hauptreferenten aus verschiedenen Disziplinen stammen – der eine Arzt, der andere Ökonom –, kamen sie doch zu ähnlichen Schlüssen. Nämlich: Das

Gesundheitswesen funktioniert, auch wenn das noch so oft behauptet wird, nicht als wettbewerbsgesteuerter Markt. Franco Cavalli hat über Jahrzehnte als Onkologe gewirkt. 12 Jahre sass er für die SP im Nationalrat; als der Wechsel in den Ständerat misslang, zog er sich aus der Politik zurück. Aus der Tagespolitik, muss man präzisieren: Sein Referat beim VPOD nannte die Profiteure des heutigen Systems beim Namen: «Heute gilt nicht mehr, dass die Banken in der Schweiz die stärkste Lobby haben.

Die Krankenkassen und die Pharmaindustrie haben diese Position übernommen.» Mehr noch: Höchstens noch im Drogenhandel und in der Prostitution werde so viel Geld verdient wie bei der Pharma, sagte Cavalli.

Weiter: Das Krankenversicherungsgesetz KVG – obwohl seinerzeit ein Fortschritt – habe mit

zwei grossen (und bürgerlicherseits gewollten) Schwächen zum heutigen Übelstand beigetragen. Das sind erstens die einkommensunabhängigen Krankenkassenprämien, die das Gesundheitswesen auf den Weg einer Zweiklassengesellschaft eingespurt haben. Bereits heute hängt es auch in der Schweiz vom Geldbeutel ab, wie lange man beispielsweise mit Prostatakrebs noch zu leben hat. Neue und wirksame, aber teure Medikamente werden mit künstlicher Verzögerung in

die Grundversicherung aufgenommen. In der Zwischenzeit überleben die Reichen, die Armen sterben.

Der zweite grosse Fehler ist die unterschiedliche Finanzierung von ambulanten und stationärem Bereich. Bekanntlich werden ambulante Leistungen (abzüglich Franchise und Selbstbehalt) voll von der Kasse bezahlt, statio-

Fehlanreize durch falsche Finanzierungssysteme: Sie sorgen laut Wolfgang Müller, Präsident der VPOD-Verbandskommission Gesundheit, dafür, dass die Patientin nicht mehr im Mittelpunkt steht. Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin, betonte in ihrem Grusswort, dass durch diese Verschiebung besonders die Pflege in eine schwierige Position geraten ist, weil sie «kein Geld bringt». Was schafft Abhilfe? Das kurz- und mittelfristig zu erörtern, war eine der Aufgaben der Konferenz. | st

näre aber zu 55 Prozent durch die Kantone. Weil immer weniger stationär und immer mehr ambulant gemacht wird, steigen die Krankenkassenprämien überproportional. Namentlich die teuren Vor- und Nachuntersuchungen werden heute meist ambulant gemacht. Eine Finanzierung aus einer Hand hält Cavalli daher theoretisch für erstrebenswert – aber natürlich nicht so, wie sich das die Krankenkassenlobby vorstellt, «sondern nur dann, wenn Macht und Daten in den Händen des Volkes liegen». Es gälte also, eine Art Einheitskasse nach Art der Suva oder der AHV zu errichten – auch wenn dieses Vorha-

ben in mehreren Versuchen bis dato ohne Erfolg war. (Per Resolution zeigte die Verbandskonferenz der «Einführung des Monismus» unter Ägide der Kassen die rote Karte; eine zweite Resolution warnt vor der weiteren Regulierung der Arbeitszeiten – im Gegenteil müsse das Arbeitsgesetz geschärft werden.)

Verzögert, aber akribisch

«Dinge, die sich im Ausland nicht bewährt haben, werden in der Schweiz mit Verzögerung eingeführt, dafür mit besonderer Akribie...» Das Zitat von Mathias Binswanger, dem zweiten Hauptredner der Konferenz,

zielt auf den genau gleichen wunden Punkt: die Unfähigkeit zur Korrektur infolge fehlender oder falscher Analyse.

Volkswirtschaftler Binswanger sprach von den drei grossen Illusionen, die sich im Schweizer Gesundheitswesen türmen. Es ist a) ein Irrtum zu glauben, dass künstlicher Wettbewerb dort für Effizienz sorgt, wo gar kein Markt besteht. Der Gedanke, dass sich qualitative Leistung mit zwei, drei Kennzahlen messen lässt, ist b) ebenfalls falsch. Und eine Fehlannahme liegt c) auch der Vorstellung zugrunde, nur mit Zuckerbrot und Peitsche lasse sich Höchstleistung aus ansonsten trägen Men-

Freiburg: So geht Streik

Die Freiburger Kolleginnen und Kollegen haben die Expertise: Sie haben letztes Jahr im Mai vorgemacht, wie sich im Gesundheitswesen streiken lässt. Wolfgang Müller, Präsident der VPOD-Verbandskommission Gesundheit, schilderte den Hintergrund der Mobilisierung: Das Spitalpersonal sollte aus dem kantonalen Personalrecht ausgestossen werden – Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aus Spargründen. Es war nur wenig Zeit, also berief man sofort eine Versammlung ein, zu der 140 Leute erschienen. Streik? Oder eher Aktionstag? Bewusst liess man diese Frage in der Schwebe. Bei manch einer Pflegekraft stösst ja das Wort «Streik» erst einmal auf Widerstand. «Wir werden doch nicht unsere Patientinnen und Patienten im Stich lassen», lautet oft die erste Reaktion. Das verlangt auch gar niemand.

Um 6 Uhr morgens am fraglichen Tag wurden an allen 6 Standorten des Spitals Freiburg einschliesslich Psychiatrie je zentrale Streikposten eingerichtet, die als Café, als Biwak, als Drehscheibe funktionierten; den ganzen Tag über versammelten sich dort Leute. Um 11.30 Uhr gab's Versammlungen mit Reden vor Ort, am Abend war eine Gesamtdemo in der Innenstadt, auf die allerdings der heftigste Gewitterregen niederprasselte, den Freiburg seit Langem gesehen hatte (siehe Foto). Der Wirkung tat das keinen Abbruch. Die Motion, die dem Gesundheitspersonal an den Kragen wollte, wurde im Parlament vertagt. Als sie im November erneut angesetzt war, drohte das Personal mit einem weiteren Streiktag. Es folgte die Beerdigung der Idee. Und fast gleichzeitig ein Bundesgerichtsurteil, das ein von rechter Seite angestrebtes generelles Streikverbot für das Gesundheitspersonal als unzulässig erklärt.

Der Schlüssel zum Erfolg: Die einzelnen Abteilungen entwickelten kreativ ihre eigenen Ideen. Man vernetzte sich per Whatsapp und Facebook und schaute, was die anderen vorhaben. Einige Ideen wurden breit aufgenommen, etwa die schwarzen T-Shirts mit den Aufklebern «Im Streik, aber da für Sie». Für manche war ein Bleistiftstreik die adäquate Form. Beim Röntgen und im OP wurde alles vertagt, was aufschiebbar war. Die Maternité hüllte sich in Rosa. Aus der Küche kam für einmal lediglich ein Einheitsmenü. Im Vollstreik waren vielleicht zwei Dutzend Beschäftigte. Viele verlängerten die Pause zugunsten von Aktionen.

Die Bewegung hatte offensichtlich die Sympathie der Öffentlichkeit und wurde auch aus den Krankbetten heraus mit grösstem Wohlwollen bedacht. Frisch Operierte mussten im Aufwachsraum daran gehindert werden, aus ihren Betten zu klettern und sich am Streikposten zur Mitar-

beit zu melden. Stockholm-Syndrom? Der SBK, der sich vom Streik distanzierte, weil man damit «Patienten als Geiseln» nehme, würde es wohl so erklären ... Jedenfalls waren auch die Medien zur Stelle, auch jene des bewegten Bildes.

«Es ist nicht das VPOD-Sekretariat, das den Streik macht – es sind die Mitarbeitenden», unterstreicht VPOD-Regionalsekretärin Catherine Friedli. Sie sieht den enormen Erfolg vor allem auch der guten Vorbereitung geschuldet, der Tatsache, dass im Vorfeld viel Zeit darauf verwendet worden war, mit den Leuten vor Ort zu diskutieren. Ihre Forderungen – und auch ihre Bedenken hinsichtlich eines Streiks – wurden gehört; gleichzeitig wurde auch erläutert, was die Personalreform ihnen zumuten will. Die elektronischen Plattformen vermögen die konkrete Begegnung in keiner Weise zu ersetzen. Aber sie verstärken sie.

! slt (Foto: Pierre-Yves Massot)





Zeigt die Fehlfunktionen: Mathias Binswanger.



Nennt die Schuldigen: Franco Cavalli.

schen herauskitzeln oder -prügeln. – Ein sehr schönes Beispiel für verfehlten künstlichen Wettbewerb: Als die Behörden der Rattenplage zu Hanoi durch Prämien für die Abgabe toter Tiere Herr zu werden trachteten, fing die Bevölkerung mit der Rattenzucht an. Es wäre die Steuerung via *Nachfrage*, die einen funktionierenden Markt kennzeichnet. Im Gesundheitswesen existiert das nicht: Zu gross ist die Informationsasymmetrie zwischen Anbietern und Nachfragenden. Rät mir der Arzt zur OP, werde ich sie machen lassen. Rät die Ärztin ab, schlucke ich halt Pillen. Die Nachfrage wird so letztlich über das *Angebot* gelenkt. «Und dies geht mit einer permanenten Mengenausweitung einher», so Binswanger, der dabei dieses hübsche kleine Eugen-Roth-Poem zitierte: «Was bringt den Doktor um sein Brot? / a) die Gesundheit b) der Tod. / Drum hält der Arzt, auf dass er lebe / Uns zwischen beiden in der Schweben.»

Ein Mannschaftssport

Zudem werden Leistungen abseits des Fliessbands weitgehend im Team erbracht. Wie misst man wessen Anteil? Was misst man überhaupt? Ad-absurdum-Führung durch Binswanger in wenigen Schritten am Beispiel des Fussballs, wo gute Arbeit immer die Arbeit von mehreren ist. Die Leistung des Stürmers nach erzielten Toren beurteilen? Dann werden keine Querpässe mehr gespielt, alle suchen den Abschluss. Und wie werden Mittelfeldspieler und Verteidiger in einem solchen System honoriert? Im Zweifel misst man eben, was sich messen lässt – und das ist meist nicht das, was aussagekräftig wäre. Die Ausschaltung von Fehlanreizen bläht Indikatorenssysteme wei-

ter auf; britische Hausärztinnen und Hausärzte werden inzwischen nach 149 Kriterien beurteilt...

Schliesslich lässt sich durch «methodisiertes Misstrauen» – die Unterstellung, ohne engmaschige Überprüfung werde gefaulenzt oder geschlundert – die ursprünglich vorhandene Motivation problemlos unterminieren. Und gerade Pflegenden sind ja von hohem Engagement getragen, mindestens am Anfang ihrer Laufbahn. Auch hierzu servierte Binswanger ein Beispiel: Die Qualität des gespendeten Blutes sinkt, wo Blutspenden bezahlt werden. (Dann spenden nämlich diejenigen, die Geld dringend nötig haben, im Zweifelsfall nicht so gesunde Randgruppen also.)

Die aktuellen Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen haben mit den genannten Illusionen zu tun. Insbesondere Spitäler, die bei möglichst geringen Behandlungskosten möglichst viel Geld aus den Fallpauschalen herausmelken wollen: «Patienten sind zu einer Art Portfolio geworden, das man optimiert, um ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen.» Also mit Diagnosen, die möglichst lohnend sind, mit Operationen, die sich terminieren lassen und die dank Standardisie-

rung die Kosten je Fall drücken. Knie- und Hüftgelenkoperationen oder Herzkatheter beispielsweise sind einträglich. Die Vorhaltung ausreichender Bestände von Pflegepersonal ist es nicht.

Kämpfe intensivieren

Der Abbau von Pflegepersonal in Deutschland, wo man die Pauschalen seit 2003 kennt, war dramatisch. Selbst die (unverdächtige) NZZ geht von Hunderten vermeidbarer Todesfälle infolge fehlender Pflege aus. Gleichzeitig ist, zulasten von ärztlichen und pflegerischen Kernaufgaben, eine Controllingbürokratie errichtet worden. Dorthin führen Massnahmen, die zu «mehr Markt» führen sollen, in einem unechten Markt fast zwingend. Beispiel USA: Die Gesundheitsausgaben liegen bei 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Schweiz: 11 Prozent). Die Leute sind aber nicht gesünder und werden nicht älter, im Gegenteil.

Trotz Niederlagen in der Vergangenheit führt auch nach Meinung der Verbandskonferenz kein Weg daran vorbei, die bisherigen Kämpfe fortzusetzen – und sie zu intensivieren. Ein gutes Beispiel, wie das gemacht wird, lieferte am Freitag die VPOD-Region Freiburg (siehe vorherige Seite). Weil das Gesundheitswesen eine sehr weibliche Branche ist, verlinkt sich das gut mit dem Frauenstreik. Der Forderungskatalog listet auf: höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung, frühzeitig kommunizierte Dienstzeiten (namentlich fixe freie Wochentage), Frühpensionierungsmöglichkeiten, berufslebenslanger Zugang zu Weiterbildung. Eine kleine Debatte entstand über die Frage, ob Zeit für die Betreuung kranker Kinder eine spezifische Frauen(streik)forderung sei. Fazit: Eigentlich zwar nicht (weil schliesslich auch der Papa sich mal kümmern könnte), aber faktisch dann doch (weil es die Frauen sind, die die dummen Sprüche und die Missbilligung abkriegen – und auch und nur schon wegen der Alleinerziehenden).

Die neu gewählte VPOD-Verbandskommission Gesundheit: Seddik Benlahcene (Genf, neu), Deborah Bouyol (Genf), Gloria Castro (Genf, neu), Ghislaine Clément (Freiburg, neu), Nadine Constantin (Zürich, neu), Barbara Dörig (Bern, neu), Herbert Eggs (Basel), Bernd Eiben (Basel), Jantine Engel (Zürich), Anna Gunkel (Ostschweiz), Dorina Hassler (Zürich), Thierry Humbert-Droz (Freiburg), Tabea Käser (AG/SO, neu), Sabrina Khaled (Genf, neu), Heinz Lanz (Ostschweiz), Fabienne Lussmann (Basel), Chantal Mazzolini (Neuenburg), Wolfgang Müller (Präsident, Freiburg), Urs Pfister (Bern), Patrick Portmann (Schaffhausen), Chusa Puras (Genf), Bernd Rosenkranz (AG/SO), Franziska Tschannen (AG/SO), Laurentina Vais (Genf), Irene Wittwer (Bern), Samuel Woodtli (Bern).

Interview mit Regula Rytz, Nationalrätin, Parteipräsidentin Grüne

«Der Deal ist ein Weg in die Sackgasse»

Der VPOD und die Grünen haben das Referendum gegen die Steuer-AHV-Vorlage STAF gestemmt und kämpfen fast allein gegen den Rest der Welt. Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen und VPOD-Mitglied, leistet Überzeugungsarbeit. | Interview: Christoph Schlatter (Foto: Béatrice Devènes [Porträt] und Søren/photocase.de)

VPOD-Magazin: Regula Rytz, ich weiss, dass es trotz der Parole auch in unserem Verband mancherorts Zweifel am Nein zu STAF gibt. Stell dir also vor, ich wäre ein VPOD-Mitglied aus dem Ja-Lager, das es umzustimmen gilt. Dieses Mitglied sagt zum Beispiel: Bei einem Nein kommen wir nicht voran mit der Ächtung der verpönten Steuerprivilegien. Die bleiben dann ja bestehen – und die Schweiz landet auf der schwarzen Liste der Steuersünder.

Regula Rytz: Wir haben bis 2021 Zeit und bleiben bis dahin, wo wir heute sind: auf der grauen Liste. Denn die Schweiz ist – aus OECD-Sicht – «too big to be listed», zu wichtig, als dass man die Verbindungen zum Finanzplatz so einfach kappen könnte. Aber selbstverständlich müssen wir diese ungerechten Steuerprivilegien so rasch als möglich entsorgen. Ein Nein zu STAF macht den Weg frei für eine Vorlage, die endlich umsetzt, was die Bevölkerung schon lange will: eine Korrektur der Steuerdumping-Politik, aber ohne Steuerausfälle. Das deutliche Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) wird ja mit der jetzigen Vorlage schlicht nicht respektiert. Niemand kann mir sagen, wie Kantone und Gemeinden ein Loch von 2,1 Milliarden Franken stopfen wollen.

Aber STAF ist doch besser als die USR III. Die Dividendenbesteuerung auf Bundesebene wird erhöht, zum Beispiel.

Es gab einige Verbesserungen, richtig. Aber sogar Bürgerliche sprechen von «altem Wein in neuen Schläuchen». Auch der SGB hat die neuen Vorschläge von Ueli Maurer vor einem Jahr noch in die Pfanne gehauen. Jetzt, wo man die Vorlage mit einer AHV-Finanzspritze angereichert hat – im Wissen, dass sie sonst an der Urne chancenlos ist –, soll das alles vergehen und vergessen sein? Es geht erneut um Steuerausfälle von über 2,1 Milliarden Franken. Und auch diese neue Vorlage heizt den unge-



Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin Grüne, VPOD-Mitglied.

sunden Steuerwettbewerb weiter an, sowohl innerhalb der Schweiz als auch international.

Die Senkung der Unternehmensgewinnsteuern geschieht auf der kantonalen Ebene und muss auch dort bekämpft werden, tönt es aus dem linken Ja-Lager.

Genau. Doch nur im Kanton Bern haben es Grüne, SP und Gewerkschaften letzten Herbst gemeinsam geschafft, eine schädliche Unternehmenssteuersenkung zu Fall zu bringen. Jetzt bleibt Bern bei seinen vergleichsweise hohen Unternehmenssteuern – und gerät zunehmend unter den Druck der Nachbarkantone. Solothurn will den Gewinnsteuersatz für

Unternehmen auf 13 Prozent senken – und wird also in die gleiche Falle laufen, in die schon Obwalden oder Luzern getreten sind. Am Ende der Tiefsteuer-Fahnenstange steht

die Feststellung, dass die Staatsausgaben nicht mehr finanzierbar sind. Man verordnet Zwangsferien an den Schulen ...

... und man baut im Sozialbereich dramatisch ab.

Ebenso dramatisch ist, dass man die Steuern kaum mehr hochkriegt, wenn sie einmal im Keller sind. Aus Konkurrenzgründen gelte es, jetzt noch diese und jene und dann nochmals eine Durststrecke zu überwinden, flöten die Bürgerlichen. Dabei verfolgen sie eine knallharte Agenda: Rückbau der staatlichen Leistungen, Rückbau der Sozialausgaben, Rückbau des Service public. Damit waren sie lange sehr erfolgreich – bis zur USR III. Diese Abstimmung markiert eine Trendwende. Und darum ist es umso schlimmer, dass jetzt das gleiche Konzept nochmals in Geschenkverpackung vorgelegt wird.

Aber der Druck auf die kantonalen Unternehmenssteuern bleibt ja auch bei einem Nein zur STAF bestehen.

«Das deutliche Nein zur USR III wird mit der STAF-Vorlage nicht respektiert.»

Bern hat gezeigt: Wir können das aufhalten, wenn wir zusammenstehen. Bedenklich aber ist die neue Logik, wie sie vom Kanton Waadt vorgelebt wurde: die Koppelung von hohen Steuersenkungen mit sozialen «Akzeptanzförderungsmaßnahmen». Dabei kann man den gleichen Franken nur einmal ausgeben.

Das geht jetzt an die Adresse des neuen SGB-Präsidenten, der diese Politik als Regierungsrat verantwortet.

Die dahinterstehende Philosophie funktioniert nicht. Die Gemeinden im Kanton Waadt mussten für 2019 die Budgets kürzen und planen Steuererhöhungen für die

ganz normalen Leute. Das ist doch absurd!

Das ist ja genau die Politik der aktuellen Regierung Salvini/Di Maio in Italien. Sozialstaat auf Pump ...

..., was auf Dauer einfach nicht aufgehen kann. Auch im Tessin wurde eine Steuerentlastung für Unternehmen und Reiche mit mehr Geld für Kitas und Kinderzulagen vermischt. Am Schluss stimmten nur 50,1 Prozent dem Deal zu. Opposition gegen solche Päckli ist ungeheuer schwer. Dabei ist die Steuerbelastung als solche ja gar nicht das Problem. Wenn jetzt beispielsweise Ypsomed, eine Medizintechnikfirma in Burgdorf, mit dem Umzug nach Solothurn droht, dann begründet sie das nicht damit, dass sie die Berner Steuern nicht zahlen könnte. Sondern damit, dass es in Solothurn mit der geplanten Tiefsteuerstrategie einfach billiger wird. Dabei ist doch genug Geld vorhanden – genug für die Finanzierung eines Sozialstaats, der diesen Namen verdient, für die AHV, für eine gute Bildung, für Kultur, für öffentliche Infrastruktur. Allein in diesem Frühling werden in der Schweiz 100 Milliarden Franken an Dividenden ausgeschüttet. 100 Milliarden! 40 davon von SMI-Firmen. Von diesem Geld fliesst ein grosser Teil ab an Aktionärinnen und Aktionäre im Ausland. Statt den Ertrag der Arbeit gerechter zu verteilen, verschärft die STAF die Ungleichheit.

Es gibt immerhin eine Bundesmilliarde, die den Kantonen bzw. den Kommunen zur Kompensation der Verluste zur Verfügung gestellt wird.

Hier muss man zuerst festhalten, wie ungleich dieses Geld verteilt wird. Jene Kantone, die beim Steuerdumping an vorderster Front mitmachen, werden belohnt. Das einwohnerstarke Bern bekommt gerade so viel wie der

Kanton Zug, wo man es mit der Ansiedelung von Statusgesellschaften besonders bunt getrieben hat. Nochmals: Ich kritisiere die Logik – oder besser Unlogik – hinter dieser Reform. Wenn die Unternehmensgewinne zunächst mit Sonderinstrumenten kleingerechnet und dann auch noch niedriger besteuert werden, dann führt das langfristig zu einer Erosion der Steuererträge. Und das können wir uns

einfach nicht leisten. Nochmals Solothurn als Beispiel: Dort werden heute 96 Prozent der Unternehmen normal besteuert. Und genau für sie will der Kanton jetzt den Steuersatz von 21

auf 13 Prozent senken. Dadurch entfallen 87 Millionen Franken an Steuereinnahmen – jedes Jahr. Nur um gegenüber dem Pharnasitz Basel konkurrenzfähig zu sein?

Kein Zweifel: Der Steuerwettbewerb ist schlimm und treibt üble Blüten. Aber jetzt geht es bei STAF ja auch um eine Finanzspritze an die AHV. Da gibt es zwei Haltungen. Man kann a) sagen: Das ist halt Politik – ein Geben und ein Nehmen. Und diese 2 Milliarden für die AHV, die da auf dem Tisch sind, lassen wir gewiss nicht liegen. Oder man markiert b) die heilige Jungfrau von Orléans, besteht auf der reinen Lehre und geht lieber in den Feuertod, als mal eine etwas gruselige Kröte zu schlucken.

Das hat mit Jeanne d'Arc nun wirklich gar nichts zu tun! Denn erstens zeigt die Verknüpfung mit der AHV-Finanzspritze ja deutlich, dass eine «nackte» Steuerreform wegen der Ausfälle bei Bund und Kantonen chancenlos

wäre. Und zweitens ist und bleibt der Deal ein Weg in die Sackgasse. Jetzt wird dekoriert und verziert und mit Schlagrahm garniert. Aber dass die AHV immer mehr in Schiefelage gerät, hat den genau gleichen Grund wie der zunehmende Finanzbedarf der öffentlichen Hand in den Bereichen Gesundheit und Soziales – nämlich die demografische Entwicklung. Wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, dann belastet das die AHV – und gleichzeitig brauchen wir mehr Heimplätze, mehr Spitex, mehr Pflege, mehr Betreuung, mehr EL. Da kann man unmöglich gleichzeitig in vielen Kantonen und Gemeinden die Steuern senken. Genau das ist aber die Folge der STAF.

Immerhin ergäbe sich bei der AHV auf diese Weise eine Verschnaufpause.

Der enorme Druck von roten Zahlen wird mindestens verzögert.

Stimmt. Ich habe deshalb im Parlament versucht, die Vorlagen aufzutrennen, sogar mit einem Vorschlag, der den Deal-Befürworterinnen und -Befürwortern weit entgegenkam: getrennt abstimmen, aber die Vorlagen verknüpft lassen. Dann wäre in der Abstimmung wenigstens klar geworden, wo die Bevölkerung steht. Aber eigentlich wissen wir es ja auch so: Wir stimmen im Mai über ein linkes Referendum gegen die Steuerreform ab; wir haben 55 000, die AHV-feindlichen Jungbürgerlichen nur lächerliche 5000 Unterschriften eingereicht. Hat das Parlament auch nur ein Minimum an Anstand, dann wird es nach einem Scheitern der STAF umgehend den AHV-Teil der Vorlage beschliessen. Das braucht nicht länger als ein paar Monate Zeit.

Du sprichst von diesem Parlament?

You dream, du ...

Die AHV-Finanzspritze wird heute von CVP bis FDP über den grünen Klee gelobt. Das ist ein schöner Nebeneffekt unserer Kampagne. Das Parlament steht beim wichtigsten Sozialwerk der Schweiz klar in der Verantwortung. Den Verfassungsauftrag der Existenzsicherung erfüllt die AHV schon lang nicht mehr. Wenn sie in einer Krise steckt, braucht es Notmassnahmen. Dazu muss auch eine CVP bereit sein. Und wenn die sozialen Kräfte bei den Wahlen im Herbst zulegen, können wir

endlich wieder in die Offensive gehen. Wir müssen die Wahlen gewinnen, nicht Milliarden an Steuergeschenken verteilen!

Du hast im Nationalrat grundlegende Kritik

an solchen Multipack-Vorlagen geübt:

«Wenn es wirklich die neue Philosophie dieses Parlamentes ist, dass man alles irgendwie miteinander verknüpfen kann, dann haben wir ein grosses Problem, dann wird unsere Arbeit vollends unplanbar und chaotisch.» Wo verläuft denn die Grenze zwischen einem «anständigen» und einem «unhygienischen» Kompromiss?

Zwei Geschäfte zu verknüpfen, die inhaltlich keinen Zusammenhang haben, ist falsch. Kompromisse geht man innerhalb eines Gesetzes ein oder mindestens innerhalb des gleichen Themas. Die Verheiratung von sachfremden Geschäften ist eine Unsitte, die aus

«Sozialstaat auf Pump? Das kann auf längere Sicht einfach nicht aufgehen.»

«Zwei Geschäfte ohne inhaltlichen Zusammenhang zu verknüpfen, halte ich für falsch.»

In die Sackgasse steuern?
Regula Rytz zeigt
Wege aus der
verhängnisvollen Spirale.



der Logik der Macht geboren ist: Wer kann, darf alles. Eine Demokratie aber braucht verbindliche Regeln. Schliesslich wird auch von Volksinitiativen verlangt, dass sie die Einheit der Materie respektieren.

Wer viele Dinge in eine Vorlage verwurstet, schafft auch grössere Angriffsflächen und die Möglichkeit, dass sich Nein-Stimmen kumulieren. So wie bei der Altersreform 2020.

Genau. Nicht nur die Willensäusserung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird erschwert. Sondern auch die Interpretation des Ergebnisses. Klar, es gibt in den meisten Vorlagen Dinge, die einem gefallen, und anderes, das man eher ablehnt. Doch gerade in der Steuerpolitik war der Auftrag der Bevölkerung eindeutig: Eine soziale Gegenfinanzierung muss über diejenigen laufen, die von den Tiefsteuern profitieren. Also über Aktionäre und Unternehmen, die ja auch unsere Infrastruktur benützen und es schön finden, dass sie trotz der vielen Millionen, die sie besitzen, am Zürichsee ohne Leibwächter einen Kaffee trinken können. Wir dürfen diese Ertrungenschaften doch nicht zu einem Spottpreis verkaufen. Sie werden von Bauarbeitern und vom Pflegepersonal, von den ganz normalen Steuerzahlenden finanziert.

Aber liegt in diesem Trend zur Verknüpfung nicht auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit? Sogar eine Krise der direkten Demokratie?

Weil: Wenn ich dem Volk die Sachen einzeln gebe, sagt es Ja zu allem Schönen und Nein zu den damit verbundenen Zumutungen. Es zeigt sich doch, dass so etwas Komplexes wie die Altersvorsorge in unserem Politsystem fast nicht zu reformieren ist. Auch bei der Umweltpolitik ist man gern bei einer 2000-Watt-Gesellschaft und einer Senkung der Erderwärmung dabei, lehnt dann aber die schmerzhaften Massnahmen ab.

Ich sehe das vor allem als Ausdruck der verhärteten Situation, wie sie hier im Parlament seit den letzten Wahlen besteht. Es gelingen keine guten Kompromisse mehr. Es werden Vorlagen produziert, die überfrachtet sind. Andere sind haar- und zahnlos, wenn sie aus dem Parlament kommen. Solche gerupften Hühner überzeugen dann niemanden mehr

– und fallen durch. Wir brauchen also in diesem Wahlherbst dringend eine Korrektur.

Das sehe ich genau so. Dieses Parlament macht uns ja ungeheuer viel Arbeit, auch wenn wir nur die grössten Fehlentscheidungen per Referendum korrigieren.

Und die nächsten Angriffe sind schon in der Pipeline. Nach jeder Session eines oder zwei Referenden? Das ist für unsere Bewegungen

fast nicht mehr zu stemmen – auch finanziell, wenn wir uns dann im Abstimmungskampf den Millionen von Economiesuisse gegenübersehen. Nur wenn wir das Parlament im Herbst wieder nach links verschieben, wird es auch unter der Bundeskuppel wieder konstruktivere Arbeit geben, vernünftige Kompromisse, die im Volk auch ohne Deals mehrheitsfähig sind.

Unser VPOD-Mitglied kommt zurück zur Anfangsfrage: Wie weiter bei einem Nein zu STAF?

Die AHV-Finanzspritze kann rasch eingeführt werden, denn von den Grünen bis zur FDP unterstützen alle diese Sofortmassnahme. Und dann müssen die heutigen Steuerprivilegien ersatzlos entsorgt werden. Die Unternehmen brauchen Zeit für die Umstellung, und

natürlich kann der Bund den Kantonen und Gemeinden auch unter die Arme greifen. Aber neue Bundesmittel müssen mit einer Untergrenze für den kantonalen Unternehmenssteuersatz verbunden sein – 16 oder noch besser 18 Prozent, sonst dreht die Steuerensenkungsspirale einfach weiter. Ich bin zuversichtlich, dass ein neues Parlament mit anderen Mehrheiten diese Kurve kriegt.

«Nur wenn das Parlament im Herbst deutlich nach links rückt, wird konstruktive Politik wieder möglich.»

Ein Nein zu STAF macht den Weg frei für eine gerechtere Vorlage

Aufgewärmter Steuerbschiss

Steuergeschenke an internationale Grosskonzerne – beziehungsweise deren Aktionärinnen und Aktionäre im Ausland – sind unverantwortlich, ob als Unternehmenssteuerreform III oder als STAF. Jemand muss ja den Service public finanzieren. | Text: Katharina Prelicz-Huber, VPOD-Präsidentin (Foto: Mischa Scherrer [Porträt] und margouillatphotos/iStock)

Die Schweiz und viele ihrer Städte wie etwa Zürich sind im weltweiten Ranking top und damit ideale Orte für internationale Unternehmen, weil wir (noch) einen hochstehenden Service public anbieten können. Die Steuerbelastung ist längst nicht der wichtigste Standortfaktor; viel zentraler sind qualitativ gute Bildung, Forschung, Gesundheitswesen, eine funktionierende Verwaltung, Rechtssicherheit, öffentlicher Verkehr, Kinderkrippen, Kulturangebote. Solche Dinge überzeugen Firmen wie Google, ihren Sitz in die Hochpreis- und Hochsteuer-Stadt Zürich zu verlegen. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist einzigartig und bildet die Grundlage für unser hohes Wohlstandsniveau. Die STAF greift dieses Erfolgsmodell an.

Privilegien müssen ganz weg

Was das Parlament mit STAF in rekordverdächtiger Schnelle produziert hat, ist ungeheuerlich. Die Vorlage foutiert sich um die Gründe, die zum Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) geführt haben: Das Volk wollte nicht, dass auf Kosten des

Service public die Steuern für Reiche und Grossunternehmen gesenkt werden. Der internationale Druck zwingt den Bund zu Recht, Steuerprivilegien für global tätige Firmen mit Sitz in der Schweiz abzuschaffen. Dann müssten höhere Steuern fliessen, was im EU-Vergleich gerechtfertigt wäre. Nicht so bei STAF: Zwar werden die Privilegien auf der Bundesebene abgeschafft, was zu einer Erhöhung der Unternehmensbesteuerung führt. Aber damit die privilegiert Besteuerten doch nicht mehr zahlen müssen, schafft man ihnen neue Steuerschlupflöcher und fordert die Kantone auf, die Gewinnsteuern für alle Unternehmen drastisch zu kürzen – auch für die heute ordentlich besteuerten.

Es wird argumentiert, sonst drohe ein Auszug der internationalen Konzerne. Aber wohin sollen die Unternehmen denn ziehen? Welches Land bietet eine so hohe Lebensqualität und Infrastruktur zu so tiefen Steuern? Trotzdem haben die Kantonsregierungen sich sofort an die Arbeit gemacht, obwohl nur wenige Kantone von Statusgesellschaften profitieren. Der Steuerwettbewerb unter den



Katharina Prelicz-Huber.

An der Nase herumgeführt in 3 Akten

Die Praxis, internationale Firmen mit Steuerrabatten anzulocken, begann in den Kantonen. 1998, mit der **USR I**, stieg auch der Bund in dieses «Geschäftsmodell» ein: Speziell die Abschaffung der Kapitalsteuer auf Bundesebene sollte die Schweiz als Steuerdomizil für Grosskonzerne attraktiv machen.

Als grösster Bschiss der jüngeren Schweizer Geschichte ist die von Bundesrat Rudolf Merz verantwortete **USR II** in die Annalen eingegangen. 2008 stimmten gerade einmal 50,5 Prozent dieser Reform zu. Es hätte keine Mehrheit gegeben ohne dreistes Verschweigen zentraler Elemente und gigantische Fehlprognosen durch den Bund. Auch das Bundesgericht stellte später fest, dass das Stimmvolk nicht informiert entscheiden konnte. Die Tücke lag vor allem in der Möglich-

keit, mittels Ausschüttung von Kapitalreserven anstatt Dividenden die Steuerpflicht zu umgehen. Allein diese Umetikettierung führt zu Ausfällen von 0,9 bis 1,2 Milliarden Franken pro Jahr. Prognosezeit waren bei dieser Position «ungefähr 56 Millionen Franken». Merci, Merz!

Bei der **USR III** war der Widerstand erstmals erfolgreich. Perfid war 2017 in erster Linie, dass der Druck zur Abschaffung verpönter Steuerprivilegien als Vorwand für eine noch allgemeinere Tiefsteuerpolitik missbraucht worden war. Patentbox, zinsbereinigte Gewinnsteuer, Überabzug auf Forschung und Entwicklung? Die grossen Kantone rechneten mit Ausfällen im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Mit 59,1 Prozent war die Ablehnung wichtig – gegen alle bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände. **!s/t**

Kantone und die internationale Steuerflucht auf Kosten der Entwicklungsländer werden somit geradezu angeheizt. Die Schweiz gehört schon heute international zu den Ländern mit den tiefsten Unternehmensgewinnsteuern. Nach der Annahme von STAF wäre sie weltweit die Nummer 1. Und sie käme bald erneut auf die schwarze Liste im Rahmen der internationalen Bemühungen gegen Steuervermeidung der Grosskonzerne.

Wer soll das bezahlen?

Das Resultat von STAF ist ein massiver Steuerausfall. In jedem Kanton muss nun das Referendum gegen die fatalen Gewinnsteuersenkungen ergriffen werden mit sehr unterschiedlichen Erfolgsaussichten. Und sind die Steuern einmal gesenkt, wird das Lobbying gegen eine spätere Erhöhung riesig sein. Das alles ohne Not – die Reichen darben nicht: Allein die 300 Reichsten in der Schweiz haben in einer Zeit der Negativzinsen seit der USR-III-Abstimmung (Februar 2017) bis Ende des vergangenen Jahres 62 Milliarden Franken mit Nichtstun dazugewonnen und

besitzen jetzt ein Gesamtvermögen von 675 Milliarden.

Bereits bei der USR II wurde das Volk betroffen. 850 Millionen Franken Ausfall wurden vorausgesagt – geworden sind es mehrere Milliarden. Mit der STAF prognostiziert der Bund schon heute über 2 Milliarden Steuerausfall. Am Ende werden es aufgrund der neuen Steuerschlupflöcher weit mehr sein: «zinsbereinigte Gewinnsteuer», «Patentbox» (mit grossem Missbrauchspotential) und (völlig überhöhter) «F&E-Abzug». Wie viele Milliarden fehlen werden, kann nicht beziffert werden. Klar ist nur eins: Bezahlen werden das die Angestellten im öffentlichen Dienst mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen, Arbeitsplatzabbau, Druck und Stress. Und bezahlen wird die gesamte Bevölkerung. Denn die gigantischen Ausfälle führen unweigerlich zu massiven Steuer- und Gebührenerhöhungen für Privatpersonen und zum Abbau im gesamten Service public.

Der Bund leistet zwar gewisse Ausgleichszahlungen an die Kantone. Diese reichen aber vor allem bei den Städten und Gemeinden längst nicht, das grosse Budgetloch auszugleichen. Die Kommunen sind die Hauptleidtragenden. Um die Steuerausfälle zu kompensieren, müssen sie ihre Leistungen massiv abbauen: weniger Feuerwehr, Polizei, Krippen, Altersheime, Theater, Musikschulen, Kinder- und Jugendtreffs, Pflegeleistungen und Wintermantel-Zulage für die Ärmsten.

Ethisch nicht vertretbar

Und die Frauen wären besonders hart betroffen. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes wie im Gesundheitsbereich, in den Schulen, Kindergärten, Kitas und sozialen Einrichtungen arbeiten mehrheitlich Frauen. Diese «Frauenberufe» sind vom Abbau besonders stark gefährdet. Doppelt betroffen sind berufstätige Mütter. Meist leisten sie neben ihrer (Teilzeit)-Erwerbsarbeit den grössten Teil der Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit und sind auf ausserfamiliäre Betreuungsplätze angewiesen. Werden Kitas abgebaut und steigen die Preise, müssen Frauen ihren Job aufgeben oder das Pensum reduzieren – widersinnig in Anbetracht des Fachkräftemangels und ein Affront gegenüber der Gleichstellung.

Das Zückerchen bei STAF ist die völlig sachfremde Zuwendung von jährlich rund 2 Milliarden Franken zur Stopfung des aktuellen Defizits in der AHV – nicht aber zur dringenden nötigen Erhöhung der Altersrenten.

Diesem Teil könnte zugestimmt werden, auch wenn er keine nachhaltige Sanierung darstellt und staatspolitisch sehr fragwürdig ist. Eine eindeutige Willensäusserung ist bei dieser Abstimmung nicht möglich. Für den VPOD ist aber wichtig, dass vor allem die erste Säule mit AHV und IV gesichert und ausgebaut wird. Aber nicht zu diesem hohen Preis! Daniel Binswanger hat es kürzlich treffend formuliert: «Es gibt bei der Kopplung von Unternehmenssteuerreform und AHV-Sanierung streng genommen überhaupt kein Gegengeschäft.» Die Steuerzahlenden müssten für Gewinnsteuersenkungen geradestehen und hätten gleichzeitig das zweifelhafte Privileg, auch noch die eigene Altersvorsorge mit höheren Abgaben zu finanzieren ...

Die STAF muss abgelehnt werden, damit der Weg frei wird für eine Vorlage mit dem einzigen Inhalt, die privilegiert Besteuerten ohne

Senkung der Gewinnsteuern in die normale, faire Besteuerung zu überführen. Alle Unternehmen profitieren vom Service public. Diese Infrastruktur muss mit angemessenen Steuern finanziert werden. Heute sind die grössten Konzerne wie Glencore, UBS, CS, Swiss Re oder Nestlé bis zu 80 Prozent ausländischem Aktionariat beherrscht. Sogar die Basler Pharma ist zu weniger als der Hälfte in Schweizer Hand. Es ist ethisch nicht vertretbar, ausländische Aktionärinnen und Aktionäre mit Milliarden zu beschenken, auf Kosten des Service public in der Schweiz und in den armen Ländern weltweit. Mit einer AHV-Abgabe von nur 5 Prozent auf den jährlich ausgeschütteten 100 Milliarden Franken Dividenden wäre der Mehrbedarf der AHV längstens gedeckt. Die STAF ist und bleibt ein Steuerbschiss. Auch in neuen Schläuchen ist der alte Wein nicht besser verträglich.

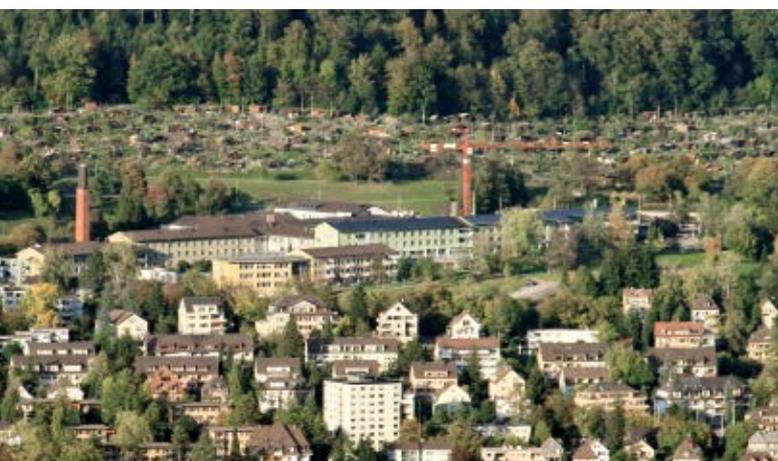
*Wilhelm Buschs
Witwe Bolte
schmeckte das Sauerkraut
aufgewärmt
besonders gut. Aber
dem VPOD verdirbt
der wiederaufge-
tischte Steuerbschiss
den Appetit.*





Eine verkehrte Idee: Sozialhilfe kürzen in Bern.

Schöne Lage, falsche Strategie: Waidspital in Zürich.



lungssatzes auffangen können. Über 2 Jahre später muss festgestellt werden: Die Politik hat nichts zustande gebracht. Dass der Grosse Gemeinderat erneut auf Zeit spielt, ist unverständlich: Die Kasse braucht Geld, und zwar *jetzt* – und unabhängig davon, ob sie sich der BVK anschliesst oder nicht. Einmal mehr ist es an den Mitarbeitenden, die übelriechende Suppe auszulöffeln – obwohl sie kein Verschulden trifft, im Gegenteil: Sie haben mit zwei Abbauprogrammen und zusätzlichen Beiträgen bereits genug geleistet. | *vpod*

Waidspital: Folgen des Missmanagements

Am städtischen Zürcher Waidspital sollen bis Ende Jahr 70 Vollzeitstellen gestrichen werden – der VPOD rechnet mit mindestens 100 Betroffenen. Die Massnahme im Rahmen einer neuen «Angebotsstrategie» bestraft einmal mehr die Beschäftigten für die Folgen von Fehlinvestitionen und strategischen Irrtümern. Natürlich begrüsst der VPOD die Absicht der Stadt, den Abbau ohne Entlassungen umzusetzen, zweifelt aber daran, dass dies angesichts des grossen Umfangs der Massnahmen möglich sein wird. Wo nicht klar kommuniziert wird, welche Stellen und Tätigkeiten verloren gehen, greift allgemeines Misstrauen um sich. Der VPOD wird den Prozess eng begleiten und gegen jede einzelne Kündigung kämpfen. | *vpod* (Foto: Roland zh/Wikimedia CC)

Freiburg: Warnstreik für die Renten

Das Personal des Kantons Freiburg wird die ihm angedrohte Rentenkürzung nicht einfach so hinnehmen. Für den 30. April ist ein 1-stündiger Warnstreik vorgesehen. Zu den VPOD-Forderungen gehört, dass am bisherigen Beitragsschlüssel von 58:42 festgehalten wird. Ausserdem wird vom Staatsrat die Ausarbeitung einer Variante verlangt, die ohne eine Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat auskommt. Die Möglichkeit zur Pensionierung mit 62 ohne Renteneinbussen für alle wird weiterhin angestrebt. | *vpod*

Luzern: Schöne Zahlen, aber ...

Der VPOD freut sich über den positiven Jahresabschluss des Kantons Luzern, weist aber auf kritische Punkte hin. Denn das gute Ergebnis ist durch einschneidende Sparmassnahmen zulasten des Personals sowie durch einmalige Sondereffekte und die gute Wirtschaftslage zustande gekommen. Wichtig wäre für Urban Sager, Präsident VPOD Luzern, dass sich die Einnahmen nachhaltig normalisieren. «Normalität» kann nur hergestellt werden, wenn wieder die 42-Stunden-Woche gilt und wenn auch die Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich zurückgenommen worden sind. | *vpod*

Pensionskasse Winterthur: Politik verweigert sich

Als «Armutzeugnis» und als «Arbeitsverweigerung» bezeichnet der VPOD die Art und Weise, wie man in Winterthur mit der sanierungsbedürftigen Pensionskasse PKSW umgeht. Schon 2016 hatte der Stiftungsrat aufgezeigt, wie eine Einmaleinlage sowie die Erhöhung der ordentlichen Sparbeiträge die notwendige Senkung des Umwand-

Bern: Chancen, nicht Pseudo-Anreize

Mit einem Flashmob hat in Bern die Gruppe «Verkehrt» den Abstimmungskampf eingeläutet: Am 19. Mai wird im Kanton über Kürzungen bei der Sozialhilfe und über den Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe abgestimmt. Hinter letzterem steht auch der VPOD, die Kürzung wird abgelehnt: Sie wäre ein verantwortungsloses Sparprogramm auf dem Buckel der Ärmsten. Menschen brauchen Chancen, nicht sogenannte Anreize, die ins Leere laufen, weil der Arbeitsmarkt die Arbeitssuchenden gar nicht braucht. Sinnvoller ist es, die Sozialhilfe so zu reformieren, dass die Kosten mittel- und langfristig sinken, etwa durch gezielte Weiterbildung der Stellensuchenden. | *vpod* (Foto: verkehrt)

Appenzell-Ausserrhoden: Streit über Sozialplan

Ein Sozialplan liegt vor für das Wohn- und Pflegezentrum Herisau, das Ende 2018 seine Tore schloss – 46 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind betroffen. Die Umsetzung ist allerdings so mangelhaft, dass VPOD-Sekretärin Maria Huber von Nötigung spricht und einen Rekurs eingelegt hat. Es geht um die Kündigung einer Mitarbeiterin nach über 20 Dienstjahren, der Leistungen aus dem Sozialplan verweigert werden, weil sie sich nicht ausreichend um eine neue Stelle bemüht habe. Gerade für solche Härtefälle ist ein Sozialplan aber gedacht. | *slt*

Für die Gewerkschaften kommt die Senkung laufender Renten nicht in Frage

Wackelrente wäre Vertrauensbruch

GLP-Nationalrat Thomas Weibel will ein Gesetz schaffen, das die Kürzung laufender Renten der beruflichen Vorsorge erlaubt. Eine Volksinitiative «für eine generationengerechte Altersvorsorge» beabsichtigt Ähnliches. Die Gewerkschaften lehnen das vehement ab. | Text: PK-Netz und VPOD (Foto: stanley45/iStock)

Die parlamentarische Initiative von Nationalrat Thomas Weibel (GLP, Zürich) will eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass laufende Renten im überobligatorischen Bereich der zweiten Säule je nach Börsenlage gekürzt werden können. Auch ein neues Initiativprojekt unter dem wohlklingenden Namen «Für eine generationengerechte Altersvorsorge» will variable Renten: «Bereits laufende Altersrenten der beruflichen Vorsorge können gesenkt werden, um die Umverteilung zwischen den Generationen zu begrenzen», heisst es darin (siehe Kasten).

Was den vom Vorstoss Weibel avisierten überobligatorischen Teil angeht: Dieser ist kein Privileg für Besserverdienende, wie dies oft missinterpretiert wird. Im Gegenteil: 85 Prozent der versicherten Erwerbstätigen verfügen über einen überobligatorischen Teil, der mittlerweile wesentlich zur Einhaltung des in der Bundesverfassung verankerten Leistungsziels beiträgt: Existenzsicherung und Weiterführung des gewohnten Lebensstandards.

Bereits heute reichen die sinkenden PK-Renten zusammen mit jenen der AHV für weite Teile der Bevölkerung kaum aus, im Alter anständig davon leben zu können. Seit 2005 sind die Renten aus der zweiten Säule um fast 9 Prozent gesunken, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Ausserdem steigen mit zunehmendem Alter die Gesundheitskosten und lassen immer weniger Geld zum Leben übrig.

Planbarkeit ist wichtig

Planbarkeit für die Zeit nach der Pensionierung ist kein Luxus, sondern für die meisten ein ökonomischer Zwang. Pensionierte haben *nach* dem Erwerbsleben kaum mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Einkommenshöhe zu nehmen. Ein Börsenbonus oder -malus kann bei der Budgetierung für Miete oder Hypothek nicht mitkalkuliert werden. Wenn Betroffene aufgrund der Wackelrente die Mietwohnung oder das Häuschen verlieren, ist der Preis zu hoch.

Das Fundament und der wichtigste Vorteil einer Pensionskasse ist, die Schwankungen der Kapitalmärkte über längere Zeiträume kollektiv zu tragen und die Arbeitnehmenden vor dem Auf und Ab der Börse zu schützen. Auch der Pensionskassenverband ASIP sieht das so: «Die berufliche Vorsorge bezieht ihre ökonomische Legitimation aus der Möglichkeit, Risiken unter den Versicherten zu verteilen und damit eine insgesamt höhere Risikofähigkeit zu erlangen.»

Geschäftsgrundlage aufheben?

Wer den Mindestschutz der Renten noch weiter lockert oder gar abschaffen will, stellt nicht nur das Vertrauen in die Altersvorsorge in Frage, sondern entzieht der beruflichen Vorsorge sozusagen die Geschäftsgrundlage: Fällt das Versicherungsprinzip, rechtfertigt sich auch kein Zwangssparen mehr.

*Wacklige Angelegenheit?
Laufende Pensionskassenrenten dürfen nicht angetastet werden.*



Versicherungen ganz verbieten?

«Die gesetzlichen Grundlagen sind so auszugestalten, dass im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge die laufenden Renten je nach Finanzlage der Kasse in angemessenem Umfang erhöht und gesenkt werden können», verlangt Thomas Weibel (GLP) mittels parlamentarischer Initiative. Das stärke das Kapitaldeckungsprinzip und damit die «Gerechtigkeit». Das Bundesgericht hat Wackelrenten im Grundsatz verboten und variable Renten nur für eng begrenzte Kri-

senfälle erlaubt. Die zuständige Kommission des Nationalrats stellt sich, wenn auch knapp, gegen Weibels Idee. – «Die Rentenhöhe kann nicht im Voraus lebenslanglich festgelegt werden, weil die Grundlagen dazu nicht bekannt sind. Deshalb müssen Anpassungen an die realen Bedingungen möglich sein», heisst es auf der Website des fragwürdigen Volksinitiativprojekts. Mit dieser absurden Argumentation wird das Versicherungsprinzip als solches bestritten. | *slf*

Mehrere Neuerscheinungen befassen sich mit dem Zwangsregime in der Fürsorge bis 1981

Die Weggesperren

Fürsorgische Zwangsmassnahmen bis 1981 waren lange ein Randthema der Forschung. Das hat sich geändert. Die neuen Arbeiten nehmen unterschiedliche Aspekte des Regimes in den Blick. | Text: Christoph Schlatter

«Versorgung» – dieser Begriff für die Anstaltsinternierung war ausschliesslich in der Schweiz gebräuchlich. Die Praxis trifft er gut, weil er suggeriert, dass auf diese Weise ein Problem wenn nicht aus der Welt, so doch dauerhaft aus den Augen der Öffentlichkeit geschafft sei. Es ging dabei nicht um *Handlungen*, etwa Delikte, sondern um Eigenschaften der Betroffenen: Die kantonalen Versorgungsgesetze nannten Arbeitscheu, Liederlichkeit und Trunksucht als Gründe für die Einweisung. Mittels Arbeit, die zugleich das jeweilige Heim finanzieren half, sollten diese Defizite korrigiert werden. Der von Beat Gnädinger und Verena Rothenbühler herausgegebene Band gibt eine Übersicht für den Kanton Zürich, liefert die rechtlichen Grundlagen, skizziert die zunehmend ausdifferenzierte Anstaltslandschaft, spürt der ökonomischen Dimension der Zwangsmassnahmen nach. Sorgfältig wird auch der Komplex «Medikamentenversuche in der Psychiatrie» beleuchtet. Die angehängten Selbstzeugnisse von Ehemaligen berichten von systematischer Gewalt und Lieblosigkeit.

Misstand als Regel

«Misstände in Heimen und Pflegefamilien waren nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel», schreiben die Herausgeber des neuen, umfassenden Bandes über die Schweizer Fremdplatzierungspraxis von 1940 bis 1990. Bei ihren Entscheiden, so haben die Forschenden um Gisela Hauss herausgefunden, konzentrierten sich die Behörden viel stärker auf die Mutter als auf den Vater. Das Fehlverhalten der ersteren legitimierte häufig die Kindswegnahme, zumal bei «sexueller Ausschweifung». Die Kinder und Jugendlichen sollten vor Armut, vor allem aber vor sittlicher Verirrung geschützt werden. In den untersuchten Zeitraum fällt aber auch die Professionalisierung der Heimerziehung als Ausbildungsberuf. Die Erzieherinnen und Erzie-

her arbeiteten viel, hatten wenig Freizeit und Ferien und kaum die Möglichkeit, Distanz zur Arbeit zu gewinnen.

Dem Alltag im Heim – konkret: in den Winterthurer Kinder- und Jugendheimen im Zeitraum von 1950 bis 1990 – widmet sich ein gut illustriertes Buch von Clara Bombach und Mitherausgebenden. Es beruht im Wesentlichen auf Interviews mit ehemaligen «Zöglingen». Dabei werden interne wie externe Ausgrenzungsmechanismen sichtbar, aber doch auch ein im Untersuchungszeitraum zunehmendes Bemühen, die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen besser wahr- und aufzunehmen.

Alter und neuer Zwang

Auch in der Jubiläumsschrift zur 125-Jahrfeier der Schaffhauser «Breitenau» ist der neue Forschungsfokus zu bemerken: Einer der Aufsätze beschäftigt sich mit dem *Zwang* als «Achillesferse der klinischen Psychiatrie». Marietta Meier berichtet vom Rückgang mechanischer Zwangsinstrumente (wie Zwangsjacken oder Deckelbäder) zugunsten chemischer Mittel, aber auch von der von Patientinnen und Patienten zu leistenden Arbeit – viele verstanden sie als Fron. Aus gewerkschaftlicher Sicht höchst interessant ist der Beitrag von Sabine Braunschweig, die sich der Entstehung und Etablierung des Psychiatriepflegeberufs zuwendet und dabei auch die Anfänge der Gruppe Breitenau im VPOD nachzeichnet.

Beat Gnädinger, Verena Rothenbühler (Hrsg.): *Menschen korrigieren. Fürsorgische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im Kanton Zürich bis 1981*, Zürich (Chronos) 2018. (Erscheint im Dezember.)

Gisela Hauss, Thomas Gabriel, Martin Lengwiler (Hrsg.): *Fremdplatziert. Heimerziehung in der Schweiz, 1940–1990*, Zürich (Chronos) 2018.

Clara Bombach et al.: *Zusammen alleine. Alltag in Winterthurer Kinder- und Jugendheimen 1950–1990*, Zürich (Chronos) und Winterthur (Stadtbibliothek) 2017.

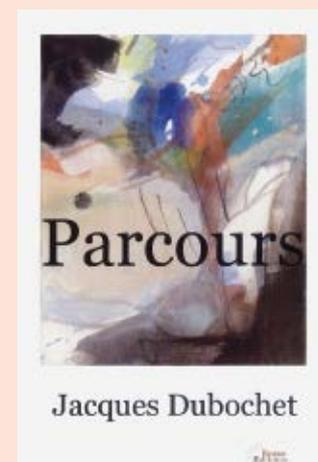
125 Jahre Psychiatrische Klinik Breitenau Schaffhausen 1891–2016. Herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons Schaffhausen und von den Spitälern Schaffhausen, Schaffhausen (Historischer Verein) und Zürich (Chronos) 2018.

1789, regroupiert

Oktober 2017: Nobelpreis für den Schweizer Biophysiker Jacques Dubochet. Der Geehrte ist langjähriges VPOD-Mitglied – und nicht nur ein sehr guter Wissenschaftler, sondern einer, der darüber nachdenkt, was Forschungserkenntnis bewirken, im Guten wie im Schlechten.

Jetzt hat der Kollege Nobelpreisträger (auf Französisch) ein Buch veröffentlicht. «Parcours» enthält Notizen zum Werdegang (etwa die bekannte Episode über die Legasthenie), aber auch persönliche und politische Gedanken eines «linken Wissenschaftlers». – Aber sind «links» und «rechts» nicht eh bloss Wörter? Oh nein: Dahinter steht aus Sicht Dubochets die zentrale Frage: «Individuum oder Gesellschaft?» Schon Darwin hatte ja ein kleines Problem: In seiner auf das reproduktionsgeile Individuum ausgerichteten Evolutionslehre blieb altruistisches Verhalten unerklärlich. Weshalb sollte etwa die Arbeiterbiene ihr Leben der Königin weihen? Heute wissen wir: Die Arbeiterinnen sind mit der Königin nahezu gen-identisch. So dass auch sie fortleben, wenn die Königin eine tüchtige Eierlegerin ist.

«Ich» oder «wir»? Im Dorf von Dubochets Walliser Kindheit gab es streng gehütete Gemeinschaftsregeln; wer bei der Verteilung des Alpkäses betrog oder illegal Wasser aus den Suonen abzweigte, war sozial tot. Das Gegenbild ist der Wilde Westen: Keine Regeln, die stärkste Faust setzt sich durch. Angesichts des Zustands der Welt kann letzteres, bei aller Liebe zur individuellen Freiheit, keine Lösung sein. Daher bringt Dubochet die Parole von 1789 in eine neue Reihenfolge: «Fraternité, égalité, liberté.» Nur so seien Herausforderungen wie die Klimafrage zu bewältigen. Dubochet schreibt von seinem Vertrauen in die junge Generation, «in ihre Intelligenz, ihre Phantasie und die Kraft ihrer Liebe». | *sl*



Jacques Dubochet: *Parcours*. L'échelle (Rosso Editions) 2018. 212 Seiten, ca. 24 Franken.

Altersheim Golatti: Aarau muss Lohn nachzahlen

Eine absehbare und daher besonders krachende Niederlage hat sich die Stadt Aarau vor dem Bundesgericht geholt. Sie muss 6 (teilweise ehemaligen) Nachtwachen des Altersheims Golatti Lohn nachzahlen. Das Urteil des Verwaltungsgerichts wird damit bestätigt. Und darum ging's: Bei den Betroffenen stimmten Jahreslohn und Stundenlohn nicht überein – der ausbezahlte Stundenlohn war, gemessen am verfügbaren Jahreslohn, zu tief. Die Verwaltung verweigerte eine Korrektur. Dass das so aber nicht geht, hatte bereits das Verwaltungsgericht klargestellt; die Nachtwachen hätten Anspruch auf Lohn gemäss ihrer gültigen Anstellungsverfügung, hielt es fest. Also auf den höheren Lohn. Als die Stadt Aarau den Fall dann – gegen den erklärten Willen des Einwohnerrates – noch ans Bundesgericht weiterzog, stiess das weitherum auf Unverständnis, zumal die Streitsumme nur 40 000 Franken beträgt. Das ist keine Riesensumme für eine Stadt wie Aarau, aber viel Geld für Beschäftigte im Tieflohnbereich. Natürlich war die Stadt intern wohl vom Stundenlohn ausgegangen und hatte aus diesem dann den Jahreslohn hochgerechnet, den sie verfügte. Aber an diesem Rechenfehler trägt sie selber die Schuld, und ganz gewiss kann man von juristischen Laiinnen nicht verlangen, dass sie die Unstimmigkeit sofort bemerken, wo sich die Fachleute der Stadt ja selber vertan haben. Von den Nachtwachen zu erwarten, dass sie die Berechnungen besser hinbekommen als die zuständige Abteilung der Verwaltung, ist geradezu bösartig.

Altersheim Golatti,
Aarau:
Die Stadt muss Lohn
nachzahlen.



Der VPOD geht davon aus, dass noch mehr Angestellte von den falsch berechneten Löhnen betroffen sind. Das muss jetzt überprüft werden; allen soll Gerechtigkeit widerfahren. Aus VPOD-Sicht bedarf es auch einer politischen Aufarbeitung des Falls – speziell des fragwürdigen Entscheids, auch noch das Bundesgericht zu involvieren. Festzustellen sei zudem, wem die Verfahrens- und Parteikosten stadintern aufgebürdet werden. Dass die Einwohnerschaft via höhere Heimtaxen dafür geradestehen muss, darf nicht sein. Trotz der Freude über den Sieg hinterlässt der Fall auch beim VPOD, der den Nachtwachen Rechtshilfe gewährt hatte, einen bitteren Nachgeschmack – und ein Loch in der Kasse: Die realen Kosten sind durch die zugesprochene Parteientschädigung nicht gedeckt. | slt (Foto: Gaëtan Bally/Keystone)

Sunil Mann Trendfutter

Vor gar nicht langer Zeit gab es eine Phase, Sie erinnern sich vielleicht, da reagierten manche Gäste bei gemütlichen Runden geradezu hysterisch, wenn der Gastgeber nichtsahnend einen Korb knuspriges Brot zum Vorspeisensalat reichte. «Weg damit!», kreischten die wenigen, die nicht auf der Stelle in Ohnmacht fielen. Mit angeekelt aufgerissenen Augen starrten sie auf die unschuldigen Scheiben – als hätte man ihnen nicht frisches Backwerk aufgetischt, sondern irgendein Tier, das man von der Autobahn gekratzt hatte.

Kohlenhydrate waren des Teufels, Lowcarb war der Ernährungstrend jener Zeit, dem manche Leute mit einem geradezu religiösen Eifer folgten. Ein Tütchen Anthrax in einem schicken Restaurant hätte damals wohl für weniger Tumult gesorgt als ein fälschlicherweise servierter Teller Spaghetti. Beinahe über Nacht wurden etliche Lebensmittel mit diesem Label gebrandmarkt, sogar Starbucks beeilte sich – zumindest in den Staaten – mit grossen Tafeln auf dem Trottoir zu versichern, dass ihr Kaffee lowcarb sei, im Fall. Also der zuckerfreie. Doch das ist jetzt vorbei.

Neuerdings sind nämlich Proteine «in». Joghurts, Milch, Hüttenkäse, Puddings, Brot und Müsli werden künstlich mit Eiweissen angereichert und als Lifestyle-Produkte für die jugendlich-dynamische, sportliche und gesundheitsbewusste Bevölkerung angepriesen. Es gibt Chips, die ohne schlechtes Gewissen konsumiert werden können. Angeblich. Sogar eine Butter wurde entwickelt, die den Proteingehalt eines Steaks hat. Fragt sich nur, wer sich davon täglich dreihundert Gramm reinstopft, um den durchschnittlichen Tagesbedarf zu erreichen.

Dass die Bevölkerung hierzulande bereits jetzt höhere Proteinmengen zu sich nimmt als empfohlen – geschenkt. Dass zu viel Protein für Mundgeruch, Stimmungsschwankungen, Verdauungsprobleme,

längerfristig für Gewichtszunahme sorgen kann und die Nieren belastet – wen kümmert das schon. Dass etliche dieser Produkte viel zu viel Zucker enthalten – tja. Trend ist Trend.

Nur ein paar Unverdrossene glauben immer noch, dass Zucker möglicherweise nicht nur für hibbelige Kinder verantwortlich ist, sondern auch Übergewicht, Diabetes und schlechte Zähne begünstigt, entsprechend das Gesundheitswesen belastet und die Kosten in die Höhe treibt. Doch die Zuckerlobby in Bern lächelt solche Bedenken unbeeindruckt weg, faselt dabei gern von «Selbstverantwortung» und reagiert beinahe persönlich beleidigt auf Vorschläge, ungesunde Lebensmittel mit Warnampeln zu markieren. Von wem sich Politikerinnen und Politiker direkt oder indirekt finanzieren lassen, ist allerdings ein anderes Thema.

Wesentlich mehr Protein als die künstlich angereicherten Produkte enthalten übrigens (gefriergetrocknete) Insekten. Wenn Sie also demnächst Jugendliche in der Garderobe Ihres Fitnesscenters an Mehlwürmern herumkauen sehen, wundern Sie sich nicht. Wenn Ihre Gäste vor dem Apéro auf der Jagd nach Grillen und Heuschrecken den Garten durchforsten, bleiben Sie stoisch. Sie folgen nur dem neusten Trend.



Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.



70 000-facher Frauenprotest in Bilbao.

Spanien: Grossdemos zum 8. März
Grosskundgebungen haben den 8. März in Spanien auch dieses Jahr geprägt. 1,5 Millionen Frauen und andere Menschen demonstrierten in allen grossen Städten gegen Sexismus und Diskriminierung. Die Polizei zählte in Madrid 375 000, in Barcelona 200 000 und in Bilbao 70 000 Demonstrierende; die Orga-

nisatorinnen nennen deutlich höhere Zahlen. Wie letztes Jahr wurde zu einem Streik auf drei Ebenen aufgerufen: Arbeitsstreik, Care-/Pfleger-/Hausarbeitsstreik, Konsumstreik. In Sevilla wurde speziell gegen die rechtsextreme Partei Vox demonstriert, die dort jüngst – mit 11 Prozent der Stimmen – ins Regionalparlament eingezogen ist. Vox wendet sich offen gegen den Feminismus und gegen das Recht auf Abtreibung. | *vpod (Foto: Eric Roset)*

Österreich: Am Karfreitag arbeiten?

Im nach wie vor überwiegend katholischen Österreich sind die evangelischen Christinnen und Christen eine kleine Minderheit. Bisher war der Karfreitag lediglich für sie ein Feiertag, wogegen ein Konfessionsloser klagte. Der Europäische Gerichtshof verlangt nun Gleichbehandlung, was die türkis-blaue Regierung Kurz kurz ins Rotieren brachte. Eine erste Regelung – arbeitsfrei für alle, aber erst ab 14 Uhr – musste nach Protesten zurück-

genommen werden, weil um diese Zeit am Freitag vor einem langen Wochenende von Bregenz bis Eisenstadt eh nicht mehr viel los ist. Die Lösung – alle erhalten einen persönlichen Freitag, den sie 3 Monate vor Bezug anmelden müssen – befriedigt niemanden. | *vpod (Foto: naturpuur/Wikimedia CC)*

Berlin: Frauentag erstmals frei

Derweil hat das Land Berlin einen neuen Feiertag eingeführt, und zwar fast von heute auf morgen: Der Internationale Frauentag wurde im Januar als Feiertag deklariert – und sogleich, am 8. März 2019, erstmals begangen. Die kurze Frist zwischen Entscheid und Vollzug brachte Lieferketten und Dienstpläne durcheinander, und die nach Brandenburg pendelnden Eltern mussten angesichts geschlossener Kitas kurzfristig einen Babysitter auftreiben. Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass das Bundesland Berlin lediglich 9 bezahlte Feiertage kennt –

Wirtschaftslektion «It's the ideology, stupid»

Oft wird der Eindruck erweckt, als ginge es bei wirtschaftlichen Fragen um simple Zahlenschieberei. Als seien harte Frankenbeträge in Form von Kosten, Umsatz und Gewinn die einzigen Bezugspunkte wirtschaftlichen Handelns und als spielten normative und ideologische Faktoren keine Rolle.

Doch die Realität sieht anders aus. So gibt es Kosten, die der Wirtschaft mehr wehtun als andere. Die Kosten eines Vaterschaftsurlaubs tun den Arbeitgebern zum Beispiel schrecklich weh. Die (deutlich höheren) Kosten, welche der Militärdienst verursacht, offenbar nicht. Auf 420 Millionen Franken pro Jahr beziffert der Bundesrat die Kosten eines 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubs, auf 224 Millionen diejenigen eines 2-wöchigen. Dies ist deutlich weniger, als der Militärdienst kostet (selbst wenn nur die Kosten für den Erwerbsersatz berücksichtigt werden), der ebenso wie ein möglicher Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert wird (vgl. Grafik).

Doch während sich der Arbeitgeberverband für die Beibehaltung des Wehrdienstes ausspricht, lehnt er sowohl einen 4- als auch einen 2-wöchi-

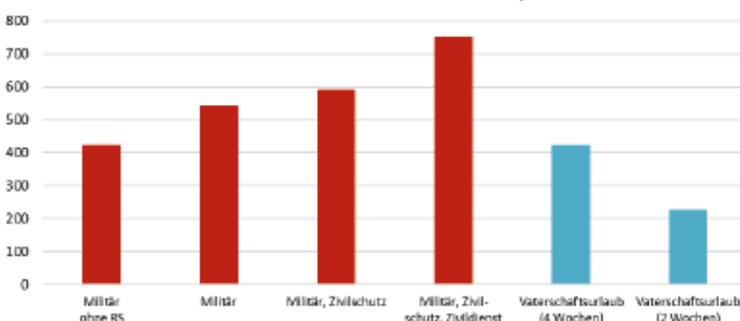
gen Vaterschaftsurlaub ab. Begründung: Die damit verbundenen Kosten schränken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ein und stellen sie wegen der Ausfalltage vor riesige organisatorische Herausforderungen. Der Bundesrat führt die gleichen Argumente gegen einen Vaterschaftsurlaub ins Feld. Dabei ist die Zahl der Fehltag aufgrund des Militärdienstes viel höher: Mehr als 3,3 Millionen Ausfalltage hatte die Wirtschaft im Jahr 2017 aufgrund des Militärdienstes zu verkraften – die Fehltag aufgrund der Rekrutenschule sind dabei noch nicht einmal mitgerechnet.

Egal wie man die Ausfalltage als Folge eines 4-wöchigen Vaterschaftsurlaubes schätzt: Ihre Zahl ist auf jeden Fall geringer. Nun könnte entgegnet werden, dass die im Militär vermittelte Führungserfahrung auch in der Berufswelt nützt. Die NZZ (vom 5.3.2019) ist dieser Frage nachgegangen. Das Ergebnis: Militärische Führungserfahrung spiele in der Berufswelt keine Rolle mehr. Diese Meinung werde selbst von wirtschaftlichen Spitzenkräften geteilt, die als Offiziere gedient haben.

Während Bill Clintons Wahlsllogan «It's the economy, stupid» (übersetzt in etwa: «Auf die Wirtschaft kommt's an») daran erinnert, dass wirtschaftliche Entwicklungen politische Entscheidungen beeinflussen, zeigt das obige Beispiel, dass wirtschaftliche Argumente wiederum von den jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängen. Welche Kosten als Problem gesehen werden und welche nicht, hängt unter anderem von ideologischen Deutungsmustern ab: Wird die Erwerbsarbeit unterbrochen um Schiessübungen zu absolvieren, werden die Kosten von vielen Unternehmen ohne Murren übernommen. Fehlt ein Vater, weil er sich um sein Kleinkind sorgen muss, (noch) nicht.

| *Daniel Kopp, MTEC ETH Zürich*

Kosten für Erwerbsersatz in Mio. CHF pro Jahr



Quellen: EO-Register, BSV-ZAS (für 2017), Botschaft Bundesrat Initiat. Vaterschaftsurlaub

in Bayern sind es 13. Als zusätzlicher Feiertag wurden neben dem Frauentag auch diskutiert: der Tag der Barrikadenkämpfe der Märzrevolution von 1848 (18. März), der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus (8. Mai), der Reformationstag (31. Oktober) und der Tag des Mauerfalls – zugleich auch der Pogrome von 1938 (9. November). Die Tendenz zu weltlichen Feiertagen ist begrüssenswert, da viele der christlichen einer überwiegenden Mehrheit unverständlich geworden sind. | *slt*

SEM betreibt Lohndumping

Der VPOD-NGO, die Demokratischen Juristinnen und Juristen sowie Solidarité sans frontières klagen das Staatssekretariat für Migration (SEM) des Lohndumpings an. Die Kritik zielt auf die Pauschalen, die das SEM an Anwältinnen und Anwälte zahlt, die Asylsuchende (für diese kostenlos) beraten. Dabei soll eine Pauschale zwischen 420 und 455 Franken pro asylsuchende Person fließen.

Darin inbegriffen sind die üblichen anwaltlichen Tätigkeiten, aber auch die Mitwirkung bei Evaluationen und sogar Fahrtkosten. Der tiefe Ansatz zeige die fehlende Bereitschaft des SEM, den Asylsuchenden eine echte anwaltschaftliche Vertretung anzubieten. Die drei Organisationen verlangen auch im Hinblick auf die Ausschreibung der neuen Bundesasylzentren genügend und genügend gut ausgebildetes Personal. | *vpod-dj-ssf*

China gegen freie Gewerkschaften

In China gab es jahrzehntelang keine echten Gewerkschaften; der Gewerkschaftsbund wird von der KP kontrolliert. Ansätze zu Neugründungen von unten, wie sie seit einiger Zeit zu beobachten sind, werden mit staatlicher Repression beantwortet. Im vergangenen Sommer wurden Beschäftigte der Schweissgerätefabrik Jasic in Südchina entlassen, weil sie versucht hatten, eine eigene Gewerkschaft zu bilden. Viele von ihnen



Einsamer Karfreitagsentscheid in Österreich.

wurden wegen «sozialer Unruhestiftung» festgenommen; 40 Personen befinden sich noch immer in Haft. Aus Gewerkschaftskreisen weltweit (auch aus Hongkong) ergeht die dringende Aufforderung an die chinesische Regierung, die Festgehaltenen freizulassen und das ILO-Recht auf Koalitionsfreiheit zu respektieren. | *labourstart*

Wer war's? Frauenarbeit

Die Abkürzung Saffa bedeutet «Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit». Zwei solche Events fanden statt, das erste 1928 in Bern, das zweite 1958 in Zürich. Pläne für eine dritte Saffa 2020 (Motto «Weiblicher Blick in die Zukunft») sind offenbar definitiv begraben – trotz eines Matronatskomitees mit Calmy-Rey, Leuthard und Widmer-Schlumpf. «Das Projekt 2020 konnte nicht finanziert werden und ist stillgelegt», hiess es vor einiger Zeit auf der Website, die inzwischen vom Netz ist. Vielleicht liegt es ja am Format «Ausstellung»? Immerhin ist auch die Muba Geschichte, und der Autosalon schwächelt.

Im 20. Jahrhundert, vor der Verbreitung elektronischer Medien, waren grosse Ausstellungen beliebt. 1923 gab es in Bern eine erste Frauen-Gewerbeausstellung. 1928 folgte auf nationaler Ebene die Saffa, die vernehmbar politischen Charakter trug. Eine am Eröffnungsumzug mitkriechende Schnecke illustrierte die «Fortschritte des Frauenstimmrechts in der Schweiz». Niemand ahnte damals, wie lange das Weichtier noch bis ins Ziel brauchen sollte. Der Erfolg der ersten Saffa war überwältigend: 800 000 Eintritte, eine halbe Million Franken Gewinn.

Von der zweiten Saffa 1958 zeugt noch die künstlich angelegte Saffa-Insel in Zürich-Wollishofen. Dem «Lebenskreis der Frau in Familie, Beruf und Staat» lag ein mässig konservatives Drei-Phasen-Modell zugrunde, das die Frau immerhin nicht lebenslänglich an den Herd kettete. Nur der mittlere Lebensabschnitt sollte der Familie geweiht sein; davor und danach sah man die Frauen durchaus im Beruf, wenn auch nicht direkt auf dem Chefposten: So kurz vor der Abstimmung über das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene sollte kein Mann durch allzu radikalen Feminismus vor den Kopf gestossen werden. (Es hat nichts geholfen, wie man weiss.)

Architektonisch war diese zweite Saffa zumal wegen des 30 Meter hohen Wohnturms interessant, den Chefarchitektin Annemarie Hub-

acher entworfen hatte. Eine umlaufende Rampe erschloss die Räume, die unterschiedliche Wohnformen repräsentierten.

Die erste Saffa von 1928 ist ebenfalls – jetzt wird's relevant – mit dem Namen einer Architektin verbunden. Ihr für die Ausstellung entwickeltes Musterhaus im Holzbausystem steht heute in Stäfa und sieht aus wie ein Bauhaus-Bullerbü. Das ist genug der Info, sonst jammert die Gemeinde wieder, das Ratespiel sei viel zu leicht. Also: Den Namen der gesuchten Schweizer Architekturpionierin der Zwischenkriegszeit auf eine Postkarte schreiben und diese bis 24. April schicken an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Es liegen wieder Büchergutscheine parat, je einer à 100, à 50 und à 20 Franken. Wer beim VPOD in Lohn und Brot steht, ist von der Teilnahme ausgeschlossen (Pensionierte dürfen mitmachen). | *slt*

Es war Elisabeth Fülcher

Der Aufforderung, die Postkarte in den gut vorgeheizten Briefkasten zu schieben, wurde breit nachgelebt (besonders buchstäblich von Kollege D.G. aus O., dessen Karte an den Rändern leicht angekokelt war). Zu erraten war die Mutter der Schweizer Küchenpublizistik: Elisabeth Fülcher. 1935 erschien erstmals unter ihrem Namen jenes Kochbuch, mit dem sich die gehobene Schweizer Hausfrau durch Krise und Krieg und alsdann durch den Nachkriegsaufschwung kochte. Ein kommentierter Neudruck der Ausgabe von 1966 kam 2013 heraus. Auch im Internet werden Fülcher-Rezepte heute neu durchdekliniert. Koch- und andere Bücher können dank Gutscheinen erwerben: Bernadette Hausmann (Ruppertswil), Edgard Lienhart (Reinach) und Cathrin Meyer (Dübendorf). | *slt*

Kanton Aargau

Aarau, Mittwoch, 1. Mai

Besammling 16.30 Uhr auf dem Holzmarkt (beim Graben). 16.55 Uhr Umzug. 17.30 Uhr Ansprachen auf dem Holzmarkt. Moderation *Leona Klopfenstein*, Co-Präsidentin SP Aarau/Nationalratskandidatin. Ansprachen *Florian Vock*, Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund/Nationalratskandidat SP, *Endo Anaconda*, Kolumnist/Texter & Sänger von *Stiller Has*, und *Ruth Müri*, Ständeratskandidatin Grüne. Ab 16 Uhr Festwirtschaft, Info- und Marktstände; Musik von *Noto-rious*.

Baden, Mittwoch, 1. Mai

Ab 12 Uhr auf dem Bahnhofplatz. Begrüssung/Moderation *Jürg Caflisch*, Präsident VCS/Nationalratskandidat SP. Ansprachen *Lelia Hunziker*, Grossrätin/Nationalratskandidatin SP/Präsidentin VPOD Aargau/Solothurn, *Cédric Wermuth*, Nationalrat/Ständeratskandidat SP, klimastreikende Schüler*innen und *Marina Carobbio*, Nationalrätin SP/VPOD. 12 bis 18 Uhr Festwirtschaft, Grill, Kinderecke. Slam-Poetin *Lisa Christ*. Musik von *Diner 4/5*.

Bremgarten, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17 Uhr auf dem Schellenhausplatz, im Zeughaus und in der Trotte. Begrüssung *Stefan Dietrich*, Präsident SP Bezirk Bremgarten. Moderation *Jeanette Egli*, SP Bremgarten. Ansprachen *Arsène Perroud*, Gemeindeammann./Grossrat/Nationalratskandidat SP, und *Cédric Wermuth*, Nationalrat/Ständeratskandidat SP. Festbetrieb ab 17.30 Uhr mit Musik von *Silver Blue* und *Amalzing*.

Brugg, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17 Uhr auf dem Neumarktplatz. Ansprachen *Cédric Wermuth*, Nationalrat/Ständeratskandidat SP, *Irène Kälin*, Nationalrätin Grüne, Präsidentin ArbeitAargau, und *Martin Brügger*, Grossrat/Nationalratskandidat SP. 17 Uhr Apéro, 18.15 Uhr *Etrit Hasler*, Slam-Poet, 18.30 Uhr Festbetrieb. Anatolische Musik von *Mustafa Göcmen*.

Lenzburg, Mittwoch, 1. Mai

Ab 16.30 Uhr auf dem Metzplatz. Moderation *Gabi Lauper Richner*, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg. Ansprachen *Yvonne Feri*, Nationalrätin SP, *Alime Köseciogullari*, Co-Präsidentin SP-Migrant*innen, Nationalratskandidatin SP, und *Florian Vock*, Präsident Aargauischer Gewerkschaftsbund/Nationalratskandidat SP. Festwirtschaft mit Grill. Musik vom Rapper-Duo *Etobasi*.

Schöftland, Dienstag, 30. April

Ab 18 Uhr in der Waldhütte. Moderation *Roman Merz*, Vorstand SP Bezirk Kulm, Zetzwil. Ansprachen *Anja Gestmann*, Gemeinderätin/Nationalratskandidatin SP, *Viviane Hösli*, Grossrätin/Geschäftsführerin ArbeitAargau, und *Cédric Wermuth*, Nationalrat/Ständeratskandidat SP. Festwirtschaft mit Grilladen, Salat, Kaffee und Kuchen. Musik von *Blues-Tinu's Triple Trouble*.

Stein, Mittwoch, 1. Mai

Ab 16 Uhr im Saalbau. Moderation *Elisabeth Burger*, Grossrätin SP, und *Peter Koller*, Grossrat SP. Ansprachen *Daniela Neves*, Verantwortliche Industrie Unia AG_NWS, *Mattea Meyer*, Nationalrätin SP/Präsidentin SAH, *Carole Binder-Meury*, Gemeinderätin/Nationalratskandidatin SP, und *Rolf Schmid*, Bezirksparteipräsident/Nationalratskandidat SP. Festwirtschaft mit Musik von *Irene Mazza & Nihad Khalil*.

Zofingen, Mittwoch, 1. Mai

16 Uhr in der Markthalle. Moderation: *Viviane Hösli*, Geschäftsführerin ArbeitAargau/Grossrätin SP, Zofingen. Ansprachen *Arsène Perroud*, Gemeindeammann/Grossrat/Nationalratskandidat

SP, *Mia Gujer*, GL SP Aargau/Nationalratskandidatin SP, und *Gabriela Suter*, Präsidentin SP Aargau/Nationalratskandidatin SP. Festwirtschaft mit Risotto und Feinem vom Grill. Kinderbetreuung. Musik von *The Klezmorim Quartet*.

Kanton Basel-Landschaft

Liestal, Mittwoch, 1. Mai

Ab 13.30 Uhr Umzug vom Bahnhofplatz zur Rathausstrasse. Ansprachen *Samira Marti*, Nationalrätin SP, *Karin Eberli*, Unia/Frauenstreik, *Anna Holm*, Juso, und *Andreas Giger-Schmid*, Präsident Gewerkschaftsbund Baselland. 13 bis 18 Uhr Festbetrieb mit Musik von *Brazz Attack* und der *Famiglia-Rossi-Band*.

Kanton Basel-Stadt

Basel, Mittwoch, 1. Mai

11 Uhr Demonstration vom Messeplatz zum Barfüsserplatz. Ansprachen *Toya Krummenacher*, Präsidentin BGB/VPOD-Regionalsekretärin Basel, *Alex Wischniewski*, Mitorganisatorin Frauenstreik Deutschland, *Corinne Schärer*, Streikleitung Unia, Bern, *Sina Deiss*, Komiteemitglied Basler Frauenstreik, Basel. Grussbotschaften. Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz mit Slam-Poetin *Lisa Christ*, Historikerin *Franziska Schutzbach* sowie *Annie Goodchild & Band*. Ab 17.30 Uhr im Parterre One (Kaserne) Musik von *Leila Moon (DJ)*, *Velvet Two Stripes (Rock)* und *Annie Taylor (Rock)*.

Kanton Bern

Bern, Mittwoch, 1. Mai

Ab 16 Uhr Besammling in der Kramgasse. 16.30 Uhr Demonstrationszug zum Bundesplatz. Ansprachen *Béatrice Stucki*, VPOD Regionalsekretärin/Grossrätin SP/Präsidentin Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung, *Corrado Pardini*, Nationalrat SP/GL Unia, *Flavia Wasserfallen*, Nationalrätin SP, *Regula Rytz*, Nationalrätin Grüne, *Sereina Patzen*, Stadträtin Ja!. Zum Abschluss singen *Linggi Schnure* und der Chor *Linksdrall* die Internationale. Ab 18 Uhr Fest auf dem Bundesplatz. Risotto mit Maibündel gratis. Verpflegungsstände. 19 Uhr Spoken Word mit *Alex Köbelin*, Rapperin *KimBo*.

Bern, Mittwoch, 1. Mai

Ab 9 Uhr Lenin-Cup (traditionelles Fussballturnier) auf der Allmend. Anmeldung und Auskunft: lenincup_bern@hotmail.com. Anmeldeschluss: 19. April.

Bern, Mittwoch, 1. Mai

Ab 19 Uhr im Restaurant Volkshaus 1914, Zeughausgasse 9: *The Magic Five & Guest*.

Bern, Mittwoch, 1. Mai

20 Uhr *Linggi Schnure* (musikalische Leitung: Magdalena Schatzmann): «Emergency Room.» Türöffnung/Bar 19 Uhr, Disco ab 21.30 Uhr. Ono, Kramgasse 6. Eintritt 20 Franken/Soli-Preis 25 Franken.

Biel, Mittwoch, 1. Mai

Ab 12 Uhr Barbetrieb auf dem Zentralplatz. 17 Uhr Besammling auf dem Bahnhofplatz, 17.15 Uhr Demonstrationsumzug Richtung Zentralplatz. Begrüssung *Jesus Fernandez*, Präsident Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland. Ansprachen *Daniel Lampart*, Sekretariatsleiter SGB, *Véronique Polito*, Geschäftsleitung Unia, und *Muriel Günther*, Stadträtin Juso, Biel. 18.30 Uhr Vergabe des Unia-Preises «Arbeit und Solidarität». Ab 19 Uhr Frauendisco mit *Emilie & Lieber Frau*. Festbetrieb bis 20.30 Uhr.

Burgdorf, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17.30 Uhr in der Kulturhalle Sägegasse. Ansprachen *Meret Schindler*, Grossrätin/Regionalsekretärin VPOD Bern Kanton, *Stefan Wüthrich*, Vizepräsident GKB/Präsident Unia Region Bern/OAE, und *Tanja Blum*, Juso Emmental, Burgdorf. Ab 16.30 Uhr Festbetrieb mit der *Musikgesellschaft Harmonie Burgdorf* und *Peter Heiniger*, Slam-Poet.

Interlaken, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17 Uhr in der Aula der Sekundarschule Alpenstrasse. Moderation *Vanessa Bieri*, SP Frutigen. Ansprachen *Christian Levrat*, Ständerat/Präsident SP, *Ueli Mäder*, em. Soziologieprofessor, Basel, *Urs Graf*, Grossrat SP/Gemeindepräsident Interlaken, und *Judith Vernetz*, Unia-Sekretärin BEO. 17 bis 20 Uhr Festbetrieb mit Risotto, Chäsbrätel und Bratwurst vom Grill. Musik von *Bald Cats Combo*.

Langenthal, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17 Uhr in der Markthalle. Ansprachen *Tamara Funicello*, Präsidentin Juso Schweiz, *Giorgio Tuti*, Präsident SEV, und *Adrian Wüthrich*, Präsident Travail.Suisse/Nationalrat SP. Festbetrieb mit Musik von *Stonehill*.

Lengnau und Grenchen, Mittwoch, 1. Mai

Besammling in Grenchen beim Monbijou (Denner). Umzug nach Lengnau zum Schulhaus Dorf. Ansprachen *Tamara Funicello*, Grossrätin/Präsidentin Juso, Bern, und *Philipp Hadorn*, SP-Nationalrat, Gerlafingen. Ab 19 Uhr Festwirtschaft mit Grilladen und Salaten.

Münchenbuchsee, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18 Uhr im Kirchgemeindehaus an der Oberdorfstrasse 6. Ansprache *Flavia Wasserfallen*, Nationalrätin SP, Bern. 18.30 Uhr Essen und gemütliches Beisammensein.

Oberbipp, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17.30 Uhr in der Waldhütte im Längwald. Ansprache *Samira Martini*, Juso Thörigen. Festbetrieb.

Roggwil, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18.30 Uhr in der Aula Oberstufenzentrum, Sekundarschulstrasse 10. Begrüssung *Kurt Schönenberger*, Präsident SP-Roggwil. Ansprache *Hans Stöckli*, Ständerat SP. Bis 21.30 Uhr Festbetrieb mit der *Musikgesellschaft Roggwil*.

Thun, Mittwoch, 1. Mai

11.30 Uhr bis 13.30 Uhr auf dem Rathausplatz. Ansprachen *Corrado Pardini*, Nationalrat SP/Präsident GKB, GL Unia, *Regula Rytz*, Nationalrätin Grüne/Präsidentin Grüne Schweiz/VPOD, und *Hans Stöckli*, Ständerat SP/VPOD. Grussbotschaften: *Beat Haldimann*, Syndicom, *Franz Schori*, SP, und *Andrea de Meuron*, Grüne. Getränkebuffet und Bratwurst vom Grill.

Kanton Graubünden

Chur, Mittwoch, 1. Mai

Ab 16.30 Uhr auf dem Theaterplatz. Ansprache *Barbara Gysi*, Präsidentin GBSG/Nationalrätin SP. Diverse Kurzreden. Festbetrieb (bei schlechtem Wetter im Zelt). Musik von *Gisela Baur* im Café Patschifig (vis-à-vis Theaterplatz).

Kanton Luzern

Luzern, Montag, 29. April

19 Uhr im Stattkino Luzern Vorpremiere «En Guerre» von Stéphane Brizé, anschliessend Diskussion über Arbeitskämpfe in der Schweiz. Eintritt frei, Kollekte.

Luzern, Mittwoch, 1. Mai

Ab 15 Uhr im Neubad. Ansprache *Natascha Wey*, VPOD Zentralsekretärin/Präsidentin SP-Frauen Schweiz. Podiumsgespräch mit *Cécile Bühlmann*.

Basteln für den Frauenstreik. Festbetrieb mit Konzert.

Kanton St. Gallen

Buchs, Mittwoch, 1. Mai

12 bis 15 Uhr Maifeier in der Bahnhofstrasse.

Grabs, Mittwoch, 1. Mai

15.30 bis 18 Uhr Maifeier im Café Post.

Rapperswil, Mittwoch, 1. Mai

11.30 Uhr auf dem Fischmarktplatz. Ansprachen *Karin Blöchliger*, SP, und *Heidi Hanselmann*, Regierungsrätin SP. Festbetrieb bis 17.30 Uhr.

Rorschach, Mittwoch, 1. Mai

Ab 19 Uhr im Centro Portugues (ehemals Comunidad) an der Rosenstrasse 3. Ansprache *Paul Rechsteiner*, Ständerat SP, St.Gallen. Festbetrieb mit Nachtessen.

St. Gallen, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr in der und um die Grabenhalle. Workshops: Arbeiter*innenlieder/Transparente malen. 16.45 Uhr Platzkonzert *La Banda di Sangallo*. 17.15 Uhr Demo mit Kundgebung. Moderation *Salome Grolimund*, Vorstand Gewerkschaftsbund SG/Unia. Ansprachen *Paul Rechsteiner*, Ständerat SP, St.Gallen, *Miriam Rutz*, Solidaritätshaus St.Gallen, *Bettina Surber*, Co-Fraktionspräsidentin SP/Unia, *Anja Beven Eberle*, Juso. Festwirtschaft mit *Lala et les Beauxforts* und *Dachs*.

Walenstadt, Dienstag, 30. April

Ab 19 Uhr im Café Nostalgie, Bahnhofstrasse 20. Ansprache *Paul Rechsteiner*, Ständerat SP, St.Gallen. Musikalische Unterhaltung mit *Enrico Lavrini* und *Rico Punzi*. Apéro und Getränke offeriert, Kollekte.

Wil, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18.30 Uhr im Hof von Wil (Ulrich-Rösch-Saal). Ansprache *Dario Sulzer*, Stadtrat/Kantonsrat SP. Festwirtschaft mit Live-Musik.

Kanton Schaffhausen

Schaffhausen, Dienstag, 30. April

Ab 18 Uhr im Mosergarten: Vorfest der Juso mit Grill und Bar.

Schaffhausen, Mittwoch, 1. Mai

11.11 Uhr Besammlung in der Vorstadt. 11.30 Uhr Demonstrationszug zum Fronwagplatz. 12 Uhr Ansprache *Martina Munz*, Nationalrätin SP/VPOD. Festwirtschaft mit *Mr. Mojo und Band*.

Kanton Schwyz

Goldau, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18.30 Uhr im Restaurant La Piazza/Terminus, Bahnhofstrasse 9. Ansprachen *Karin Schwiter*, alt Kantonsrätin/VPOD, *Lachen*, *Kathrin Ziltener*, Unia, *Siebner*, und *Alex Granato*, Regionalsekretär Unia, Pfäffikon. Nationalratskandidatinnen und -kandidaten vor Ort. Festbetrieb bis 24 Uhr.

Kanton Solothurn

Balsthal, Dienstag, 30. April

Ab 19.30 Uhr im Bürgerhauskeller. Ansprache *Urs Huber*, Kantonsrat/Nationalratskandidat SP. Festbetrieb.

Gempfen, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr Maifeier. Ansprache von *Karin Kälin Neuner-Jehle*, Kantonsrätin/Nationalratskandidatin SP, Rodersdorf.

Grenchen und Lengnau, Mittwoch, 1. Mai

Besammlung in Grenchen beim Monbijou (Denner). Umzug nach Lengnau zum Schulhaus Dorf. Ansprachen *Tamara Funicello*, Grossrätin/Präsidentin Juso, Bern, und *Philipp Hadorn*, SP-Natio-

nalrat, Gerlafingen. Ab 19 Uhr Festwirtschaft mit Grilladen und Salaten.

Olten, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr im Kulturzentrum Schützi. Moderation *Urs Huber*, Präsident 1.-Mai-Festkomitee. Ansprachen *Min Li Marti*, Nationalrätin SP/VPOD, und *Pierre-Yves Maillard*, Präsident SGB. Festbetrieb bis 22.30 Uhr, italienische Küche, Bar, Tombola, Robbinsonspielplatz, Musik von *Dog Daugherz*.

Solothurn, Mittwoch, 1. Mai

14.45 Uhr Besammlung beim Gewerbeschulhaus Kreuzackerplatz. Demonstration via Dornacherplatz, Wengibrücke, Hauptgasse zur Fischergasse. Moderation *Rolf Hasler*, Präsident 1.-Mai-Komitee. Ansprachen *Alain Berset*, Bundesrat SP, *Philipp Hadorn*, Nationalrat SP u. a. Solidaritätsfest zwischen Landhaus und Restaurant Kreuz in der Fischergasse (bei schlechtem Wetter in der Säulenhalle im Landhaus). Festwirtschaft mit Musik von *The Mod On*. Ab 21 Uhr Benefizdisco im Kreuzsaal.

Kanton Thurgau

Arbon, Mittwoch, 1. Mai

Ab 10.30 Uhr im Seeparksaal. Festwirtschaft.

Kanton Uri

Aldorf, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18.30 Uhr im Zeughaus. 19 Uhr Ansprachen, danach gemütliches Beisammensein mit Imbiss.

Kanton Wallis

Brig, Mittwoch, 1. Mai

Ab 18 Uhr im Bahnhofbuffet. Ansprachen *Manuela Giovanoli*, Sekretärin für Gleichstellungspolitik Unia, Zürich, und *Bernhard Imhof*, Gemeinderat SP, Präsident Oberwalliser Gewerkschaftsbund/SEV, Naters. Festbetrieb bis 23 Uhr mit Musik von *John Borno and the Rudifutschers*.

Kanton Zug

Zug, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17.30 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz, bei schlechtem Wetter im Burghausaal (Info: www.sgb-zg.ch). Ansprachen *Andreas Lustenberger*, Parteipräsident Alternative/Die Grünen, *Juli Küng*, Vorstand Junge Alternative, Zug, und *Sofia Zouhi*, Co-Präsidentin Juso, Zug. Festbetrieb bis 20.30 Uhr mit Musik von *Troubadueli* und dem *Arbeiter*innenchor*. Kulinarische Köstlichkeiten aus aller Welt.

Kanton Zürich

Affoltern am Albis, Mittwoch, 1. Mai

Ab 17 Uhr im Roots, Obere Bahnhofstrasse 4. Ansprache *Fabian Molina*, Nationalrat SP. Festbetrieb.

Bülach, Mittwoch, 1. Mai

Ab 10 Uhr in der Kantine, Solistrasse 3. Ansprachen *Fabian Molina*, Nationalrat SP, *Isabelle Lüthi*, Unia, und *Stefan Brülisauer*, VPOD-Regionalsekretär Luftverkehr. Festbetrieb.

Dietikon, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr in der Markthalle, Kirchplatz. Ansprachen *Daniel Frei*, Nationalrat SP, und *Markus Bärtschiger*, Stadtpräsident. Festwirtschaft.

Stäfa, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr im Rössli, Bahnhofstrasse 1. Ansprache *Mattea Meyer*, Nationalrätin SP. Festbetrieb.

Uster, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr in der Landihalle, Stadtpark. Ansprachen *Daniel Jositsch*, Ständerat SP, und *Salome*



Schaerer, Gemeinderätin SP. Festwirtschaft mit dem albanischen Kulturverein *Bashkimi*.

Wädenswil, Mittwoch, 1. Mai

Ab 14 Uhr in der Freizeitanlage Tobelrainstrasse 25. Ansprachen *Jacqueline Badran*, Nationalrätin SP, *Carmen Marty Fässler*, Kantonsrätin SP, und *Michèle Dünki-Bättig*, Präsidentin VPOD Kanton Zürich. Festbetrieb.

Winterthur, Mittwoch, 1. Mai

Ab 9.30 Uhr Besammlung in der Steinberggasse. 10 Uhr Umzug zum Neumarkt. Ansprachen *Vania Alleva*, Unia, *Fabian Molina*, Nationalrat SP, und *Mattea Meyer*, Nationalrätin SP. Ab 12 Uhr Festbetrieb auf dem Neumarkt mit *Papst & Abstinenzler* und *The Hero Brothers*.

Zürich, Dienstag, 30. April

14.30 Uhr im Volkshaus/Blauer Saal Maivorfeier – *Das Echo von Lochergut*. Mit *Min Li Marti*, Nationalrätin SP, VPOD, und *Elisabeth Fannin*, GBKZ-Vizepräsidentin.

Zürich, Mittwoch, 1. Mai

10 Uhr Besammlung auf dem Helvetiaplatz. Umzug zum Sechseläutenplatz. Ansprache *Barbara Gysi*, Präsidentin PVB, Nationalrätin SP. Ab 12 Uhr Festwirtschaft auf dem Sechseläutenplatz mit dem *Echo vo hine links*.

Zürich, Mittwoch, 1. Mai

Ab 20 Uhr auf dem Kasernenareal, Kunstraum Walcheturm. Ansprachen *Tove Soiland*, feministische Theoretikerin, und *Regula Bühlmann*, SGB-Zentralsekretärin. Diskussion zu feministischer Ökonomie. Festwirtschaft.

Zürich, Mittwoch, 1. Mai, sowie Samstag/Sonntag, 4./5. Mai

Jeweils ab 14 Uhr grosses Politfest auf dem Kasernenareal. Info: www.1mai.ch.

Zürich, Mittwoch, 1. Mai

15 Uhr Kunstraum Walcheturm: Podium «EU-Rahmenabkommen – eine Gefahr für unsere Löhne?» mit *Fabian Molina*, Nationalrat SP, *Vania Alleva*, Präsidentin Unia, *Katharina Prelicz-Huber*, Präsidentin VPOD, und *Martin Naef*, Nationalrat SP. Moderation *Daniel Binswanger*.

Zürich, Sonntag, 5. Mai

20 bis 21.30 Uhr Workshop: «So motiviere ich mein Mami und meine beste Freundin für den Frauenstreik!» Veranstalter*innen Juso Zürich.

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 30. März 2019

- Die Delegiertenversammlung des VPOD hat
- Silvia Berri für ihre Tätigkeit im VPOD-Landesvorstand gedankt und sie herzlich verabschiedet. Es sind derzeit 2 Sitze im LV vakant, je 1 für Deutschschweiz und französische Schweiz und je 1 für Frau und Mann.
 - für den VPOD-Kongress vom 8./9. November 2019 das Antragsheft bereinigt. Die Entwürfe zu den Positionspapieren 2 («Lasst uns unsere Arbeit machen!») und 3 («Die Schweiz gehört zu Europa – und zur Welt») wurden diskutiert und mit Ergänzungen versehen; Positionspapier 2 wird auf Branchenebene von den Verbandskommissionen komplettiert werden. Ferner soll dem Kongress ein weiteres Positionspapier (Positionspapier 1) zu den Elementen des gewerkschaftlichen Kampfes vorgelegt werden.
 - im Hinblick auf die SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente klargestellt, dass ein allfälliger Zuschlag die ganze erste Säule, also die AHV und die IV, umfassen muss.
 - von den Vorbereitungen zum Frauen*streik, von der Kampagne gegen STAF und von der ablehnenden Position des VPOD zur Öffnung des Strommarktes Kenntnis genommen.
 - für die Volksabstimmung vom 29. Mai die Nein-Parole zu STAF bekräftigt und die Ja-Parole zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie gefasst.

Stefan Giger, Generalsekretär

Wie geht es dir?

«Kollegin, Kollege, wie geht es dir?», fragt der VPOD. Die elektronische Umfrage wird im Verlauf des Monats an alle Mitglieder versandt, von denen wir eine E-Mail-Adresse besitzen. Wir bitten um zahlreiche Teilnahme (die Umfrage kann auch weitergemailt werden) – je mehr Leute mitmachen, umso differenziertere Resultate können wir am Ende präsentieren. Am Ende? Die Auswertung wird ein Bestandteil des VPOD-Kongresses vom 8./9. November in St. Gallen sein – aber keineswegs das Ende. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft wird der VPOD seine Kampagne für einen guten und starken Service public ausgestalten und zuschneiden.

In der Umfrage geht es zentral um Befindlichkeiten: Hat der Stress zu- oder abgenommen? Steigt die psychische Belastung?

Wächst die Bürokratie über alle Ufer? Zerren Störungen an den Nerven? Ist das Klima im Eimer? Wie kaputt bin ich am Ende des Tages? Und wie dicht oder undicht ist die Barriere zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit? Solche Faktoren sind massgeblich für das Wohlbefinden und die körperliche und seelische Gesundheit. Wir sind gespannt auf eure (selbstverständlich anonymen) Antworten.

Wer nicht sicher ist, ob er oder sie in der Mitgliederdatenbank mit einer Mailadresse gespeichert ist (vor allem bei langjährigen Mitgliedern, die vor dem Siegeszug der elektronischen Kommunikation eingetreten sind, ist das oft nicht der Fall), meldet die Adresse an vpod@vpod.ch.

Heimalltag von damals

Die Ausstellung auf dem Areal des Bürgerlichen Waisenhauses Bases erlaubt einen spannenden Blick hinter die Mauern des weitläufigen Areals. Geschichten, Bilder, Fakten, Filmausschnitte und Statements nehmen die Besucherinnen und Besucher mit auf eine eindrückliche Reise durch den Heimalltag. Geöffnet werktags von 14 bis 17 Uhr. Führungen jeweils am ersten Sonntag im Monat (ausser August) um 11.15 Uhr sowie am ersten Donnerstag im Monat (ab Mai, ausser August) um 17.30 Uhr. Die Ausstellung am Theodorskirchplatz 7 in Basel läuft bis 31. Oktober. Eintritt frei.

Korrigendum

Im VPOD-Magazin vom März stand im Artikel über die Kohäsionsmilliarde an die EU, man solle der EU positive Signale senden, unter anderem mit einem Nein zum Waffengesetz. Das Gegenteil war gemeint: ein Ja zur Waffenrichtlinie, die eine begrüssenswerte Einschränkung für den Besitz von halbautomatischen Waffen bringt. Nur so kann die Schweiz im Schengen-Raum verbleiben. | [vpod](#)

Rote Köpfe

Franco Cavalli, einer der Hauptredner an der VPOD-Verbandskonferenz Gesundheit, hat sich zwar aus der Tagespolitik zurückgezogen. Aber er bleibt trotz seiner bald 77 Jahre kämpferisch – oder, um Wikipedia zu zitieren, ein «Vertreter des äussersten linken Flügels» der Sozialdemokratischen Partei. Mit dem Verweis auf Bernie Sanders, der ein knappes Jahr



älter ist und noch Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden will, stellte der Kollege (VPOD-Mitglied seit bald 40 Jahren) klar, dass er vielleicht noch weiser, aber ganz sicher nicht leiser zu werden gedenkt. Und auch das Tempo wird nicht gedrosselt: Um 17 Uhr müsse er auf den Zug, weil er dem Match Ambri Piotta–Biel beiwohnen müsse (der für Ambri dann doch verloren ging).

Auf Visite bei **Ruth Dreifuss**, einer Ikone der Schweizer Frauen- und ebenso der Gewerkschaftsbewegung: Die BBC besuchte die Kollegin im Rahmen der Internet-Reihe «Witness History: The stories of



our times told by the people who were there». Kollegin Dreifuss erzählt der BBC in 4 Minuten von den Schweizer Frauenstimmrechts-Volksabstimmungen. 1959 votierten bekanntlich zwei Drittel der Männer mit Nein und verwehrten auch der damals 19-Jährigen die politische Teilhabe. Das folgende Jahrzehnt, in dem sich die Frauenbewegung intensiverte und sie selbst sich politisierte, bezeichnet Ruth Dreifuss als das wichtigste ihres Lebens. 1971 dann – im Film begleitet von Klängen aus Mozarts Jupiter-Sinfonie – endlich die Ankunft der Eidgenossenschaft in der Moderne. Hübsches Detail bei Dreifuss daheim: der nach rund anderthalb Minuten sichtbar werdende – sehr hohe und statisch äusserst prekär anmutende – Turm mutmasslich noch zu lesender Bücher. (Man findet den Film von Jonathan Coates unter dem Titel «In 1959 a Swiss referendum denied women the right to vote» bei www.bbc.com.)

Etwas geschmeichelt fühlte sich die frühere VPOD-Generalsekretärin **Doris Schüepp** schon, a) weil sie im letzten VPOD-Magazin auf der Titelseite mit Stars wie Romy Schneider in einem Atemzug genannt war. Und b) weil das zu ihrem Frauenstreik-Artikel veröffentlichte Porträtfoto eine etwas jüngere Schüepp zeigte. Der guten Ordnung halber und «für dein Archiv» schickte die Kollegin pflichtbewusst sogleich eine aktuelle Aufnahme, die der Realität «ein bisschen näher» komme. Sie zeigt eine offenkundig mit Schalk und Selbstironie ausgestattete Dame in ihren besten Jahren. | *slt* (Fotos: *slt*; Chatham House/Wikimedia CC; zVg)



Die Kritik des VPOD hat gewirkt: Das Personalführungskonzept der Stadtreinigung wurde revidiert

Kein Automatismus

Bevor der VPOD in einem Einzelfall hätte einschreiten müssen, konnte das Personalführungskonzept der Basler Stadtreinigung für alle Mitarbeitenden verbessert werden. Die automatische Bewährungsfrist für die Mitarbeiterbeurteilung «C» und «D» ist vom Tisch. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: frahaus/iStock)

Bei der Basler Stadtreinigung ist es jüngst gelungen, eine Verschlechterung bei den Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen (MAG) abzuwenden. Die nun verhinderte neue Regelung hätte absehbar Futter für die vorliegende Rubrik produziert... Aber der Reihe nach: Im vergangenen Sommer stellte der neue Leiter der Stadtreinigung dem VPOD ein neues Personalführungskonzept vor. Eine der Neuerungen betraf die Beurteilung der Mitarbeitenden. Neu würde bei den MAG die Gesamtbeurteilung «C» und «D» automatisch zur Ausstellung einer Bewährungsfrist führen.

Den Einzelfall prüfen

Automatisch? Das liess die zuständige Gewerkschaftssekretärin, die an diesem Gespräch anwesend war, aufhorchen. Sie fragte beim Zentralen Personaldienst des Kantons Basel-Stadt nach und begründete, warum der VPOD die neue Regelung als unzulässig ansieht: «Automatismen widersprechen grundsätzlich dem rechtlichen Prinzip, wonach staatliches Handeln stets verhältnismässig sein muss.» Der Arbeitgeber müsse gewährleisten, dass er im Rahmen von personalrechtlichen Massnahmen immer den Einzelfall prüfe und Augenmass bewahre. Er müsse sich also fragen, ob eine Verwaltungsmassnahme ein geeignetes, zweckmässiges und erforderliches Mittel sei, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

Der VPOD erachte die automatische Ausstellung einer Bewährungs-

frist auch gar nicht für erforderlich, denn bereits die schlechte Gesamtbeurteilung signalisiere der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter ja, dass die Arbeitsleistung nicht genüge und dass Korrekturen zu erfolgen hätten. Wer schlecht beurteilt worden sei, müs-

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Beim Wort «automatisch» griff der VPOD ein: Massnahmen müssen stets auf den Einzelfall abgestimmt und angemessen sein.

se die Chance erhalten, sich von sich aus zu verbessern. Nach geraumer Zeit könnte man dann beispielsweise ein Standortgespräch ansetzen und die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter anhören. Erst wenn dann noch keine Änderung zum Positiven eingesetzt habe, sei allenfalls die Ansetzung einer Bewährungsfrist denkbar.

Kontraproduktive Wirkung

Die neue Regelung, so argumentierte die VPOD-Sekretärin, führe nicht nur zu unnötiger Verunsicherung bei allen Beschäftigten. Sie könne sogar kontraproduktiv wirken. Wenn Teamleitungen nämlich wissen, dass «C» oder «D» automatisch eine Bewährungs-

frist nach sich zieht, könnten sie wegen der grossen Verantwortung geneigt sein, die Mitarbeitenden zu positiv zu beurteilen. Damit könnten die Bewertungen der Mitarbeitenden in der Tendenz homogener werden und an Aussagekraft verlieren. (Dieser Effekt – dass Automatismen zu mildereren Urteilen füh-

ren – lässt sich auch in anderen Bereichen des Rechtssystems aufzeigen.)

«Der Zweck von MAG besteht in erster Linie in der Beurteilung von Arbeitsverhalten, Führungsverhalten und in einer Gesamtbeurteilung», schrieb die Gewerkschaftssekretärin weiter. Grundsätzlich gehe es darum, die Mitarbeitenden zu fördern. Und dazu seien im Leitfaden zum MAG die Instrumente erwähnt: Weiterbildungen, organisatorische Massnahmen oder aufgabenbezogene Veränderungen sowie Massnahmen im Lohnbereich. Das MAG sei also in erster Linie ein Förderungsinstrument und nicht ein Strafmittel.

Anpassung erforderlich

Der Abteilungsleiter Recht im Zentralen Personaldienst kam in seinen juristischen Abklärungen zum genau gleichen Schluss wie der VPOD. Es sei unverhältnismässig, wenn Mitarbeitende bei einer MAG-Gesamtbeurteilung «C» oder «D» automatisch eine Bewährungsfrist bekommen. Die Stadtreinigung musste also das Personalführungskonzept anpassen. Bewährungsfristen können zwar immer noch auferlegt werden, aber es muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Massnahme notwendig ist oder nicht.



Südafrikanische Arbeiterinnen erstreiten via soziale Medien eine Festanstellung

Mit Whatsapp in den Arbeitskampf

Südafrikanische Temporärarbeiterinnen organisieren sich für bessere Arbeitsbedingungen. Social Media spielen in diesem Kampf eine wichtige Rolle. Allerdings sind Datenschutz- und Rechtsfragen ungelöst.

| Text und Foto: Ronald Wesso, CWAO Südafrika

Khensani Mukhabele arbeitet in einem Warenlager der führenden südafrikanischen Kosmetik- und Pharmaladenkette Clicks. Sie gehört zu jenen 700 Angestellten, die schon jahrelang über eine Temporärfirma bei Clicks angestellt sind. Trotz gleichen Aufgaben haben sie schlechtere Bedingungen als Festangestellte. Deshalb kämpfen sie für unbefristete Verträge. Die Einladungen zu Versammlungen laufen hauptsächlich über WhatsApp – so auch im Arbeitskampf gegen Clicks. «Kürzlich hatten wir jedoch ein Problem», erzählt Mukhabele. «Clicks wollte, dass wir neue Verträge unterzeichnen. Die Versammlung beschloss, dem nicht nachzugeben. Doch jene, die nicht am Meeting teilgenommen hatten, wussten das nicht. Sie unterschrieben. Und schon waren wir gespalten.»

Jetzt nehmen die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr Informationen in die WhatsApp-Gruppe auf. Mukhabele weiss aber: «Wir müssen vorsichtig sein. Es gibt Spionage vonseiten des Managements.» Deshalb wird die Gruppe klein gehalten. Ihr Vorteil ist, dass darin Beschäftigte beider bei Clicks aktiven Temporärfirmen vertreten sind: «So können wir gemeinsam reagieren.» Die Strategie hatte Erfolg: Im laufenden Schlichtungsverfahren hat das Unternehmen eine Vereinbarung vorgelegt, die 267 Temporärbeschäftigte zu Festangestellten macht.

Achtung, Spionage!

Die Angestellten von Clicks sind nicht die einzigen, welche die neuen Plattformen nutzen, um ihre Rechte durchzusetzen. Auch zu den 14-täglichen Treffen in den Räumlichkeiten der Solidar-Partnerorganisation CWAO wird per WhatsApp eingeladen. Hier

Im Sommer 2018 hat die Metallarbeitergewerkschaft Numsa vor dem südafrikanischen Verfassungsgericht des Landes einen wichtigen Sieg errungen. Das Gericht entschied, dass Temporärarbeit nach 3 Monaten bei derselben Firma in eine reguläre Anstellung übergehen muss – ein Meilenstein. Allerdings betont etwa die Organisation Labournet, dass es in Südafrika gängige Unternehmenspraxis ist, unbequeme Gerichtsurteile schlicht zu ignorieren. Für die Geltung muss also gekämpft werden. | s/t

ihrer Facebook-Seite, so dass die Arbeiter-schaft gewarnt war.

Doch es gibt auch Schwierigkeiten: «Der Internetzugang ist in Südafrika sehr teuer. Und manche Leute informieren das Management über unsere Diskussionen.» Dies erzählt Sthembile Ntshangase, die sich am Arbeitskampf beim Schokoladeproduzenten Ferrero beteiligt hat. Dort erstritten 300 Beschäftigte, die jahrelang über die Temporärfirma Adcorp Blu beschäftigt waren, eine Festanstellung. Der Wermutstropfen: Kaum hatte das Unternehmen eingewilligt, begann es auch schon mit ersten Entlassungen. «Aber die WhatsApp-Gruppe hält uns zusammen. Wir können uns immer noch gemeinsam wehren», sagt Ntshangase.

Heineken bekommt Angst

Auch die Unternehmen beginnen den Effekt von Facebook zu fürchten: Anfang Dezember versuchte die holländische Brauerei Heineken per Gerichtsentscheid die Abschaltung der CWAO-Facebook-Seite zu erwirken. Das oberste Gericht verbot CWAO daraufhin, auf Facebook «rechtswidrige Handlungen» zu bewerben. Was dabei ins Feld geführt wurde – die Bezeichnung der Arbeiterschaft als «Klassenkämpfer» als «Beweis» für das Schüren von Gewalt –, war absolut lächerlich. CWAO wird die Kampagne trotz Verbot weiterführen.

tauschen sich jeweils zwischen 100 und 200 Beschäftigte aus und organisieren ihren Kampf für eine feste Anstellung. Als Informationsplattform wird Facebook genutzt. Kürzlich war dies besonders hilfreich: Die Arbeitgeber hatten SMS verschickt und gaben vor, CWAO sei der Absender. CWAO veröffentlichte die gefälschte SMS auf

Um die Allgemeinheit und die Redaktionen der Mainstream-Medien zu sensibilisieren, setzt CWAO auch Twitter ein. CWAO-Vorstandsmitglied Carin Runciman berichtet: «Kürzlich haben wir mit Tweets über Arbeitskämpfe bei Kellogg's und beim Süsswarenproduzenten Mister Sweet 100 000 Leute erreicht.» Daraufhin stellte Kellogg's 116 bisherige Temporäre fest an, was zu einer enormen Erhöhung ihres Stundenlohns führte, in einigen Fällen von 22 auf 72 Rand (von 1.50 auf 5 Franken).

Allerdings wurden anschliessend auch 21 Personen entlassen – eine beliebte Strategie gerichtlich «gegängelter» Unternehmen. Mister Sweet hingegen zeigte sich aufgrund der CWAO-Klage bereit, alle 600 Temporärangestellten fortan gleich zu behandeln wie die Festangestellten.

Sthembile Ntshangase brauchte einen langen Atem, um ihre Festanstellung zu erkämpfen.



Maya Weber Hadorn, Leiterin des Hochbaudepartements Ostermundigen und Projektleiterin SBB

Hoch- und Höchstbau

Ostermundigen ist (noch) keine Tourismushochburg. Und auch noch kein Stadtteil von Bern. An beidem arbeitet Kollegin Maya Weber Hadorn. Als Leiterin des Departements Hochbau will sie buchstäblich hoch hinaus.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Wer von Bern nach Ostermundigen will, muss den Bus nehmen. Das Tram kommt, aber wohl erst 2027. Dannzumal wird auch das grosse Trümmerfeld beseitigt sein, das uns gleich ins Auge fällt. Schon in zwei Jahren soll dort der Bäre-Tower stehen und in 100,5 Metern Höhe die Wolken am Bauch kitzeln – respektvolle 10 Zentimeter tiefer als der Turm des Berner Münsters, auf dass die Kirche im Dorf (oder eben: in der Stadt) bleibe. Trotzdem: So hoch hinaus wie die Ostermundiger Hochbauvorsteherin lässt im ganzen Kanton niemand bauen. Und so schnell die Leiter hochgeklettert wie Maya Weber ist auch selten jemand: Aus Krattigen kam sie hergezogen, samt Mann und zwei Buben und dem festen Vorsatz, politisch wieder aktiver zu sein. Zwei Monate nach der Züglete war sie schon im Gemeindeparlament. Und als nach einem weiteren halben Jahr Exekutivwahlen anstanden, war ihr Name bei der SP gesetzt.

Auch ohne Herzog & de Meuron

Maya Weber Hadorn hat keine Angst vor kaltem Wasser. Was sie noch nicht kann, lernt sie, indem sie es tut. Elan hat sie auch im sonstigen Leben: Projektleiterin Bildung bei der SBB ist eigentlich der Hauptberuf (das Exekutivamt ist nur als 20-Prozent-Pensum abgegolten, rechtfertigt aber die Doppelmitgliedschaft SEV/VPOD). Im Hochbau hat man hie und da schwierige Kundschaft. Investoren, die Unmögliches verlangen. Nachbarinnen, die über Nichtiges streiten. Geduldiges Zuhören hilft da und dort, manchmal braucht es den starken Auftritt. Trotzdem bleiben diffizile Geschäfte: Wenn es um eine neue Mobilfunkantenne geht, ist der Widerstand der Quartierbevölkerung so sicher wie das Amen in der Kirche. Stolz ist Maya Weber Hadorn auf ihre Kindergärten. Gerade als sie das Amt antrat, hatte das Volk der Sanierung bestehender und dem Bau neuer Kindergärten zugestimmt, 13 an der Zahl; das Wachstum der Gemeinde (inzwischen 18 000 Köpfe) hat Folgen. Die Holzbauten, die unter ihrer Ägide für knapp

*Baut am höchsten:
Maya Weber Hadorn,
Gemeinderätin
in Ostermundigen.*



10 Millionen Franken entstehen, können sich sehen lassen, auch wenn sie nicht von Herzog & de Meuron sind. Und das sollen grössere Städte erst einmal nachmachen: ein solches Grossprojekt von der Idee bis zum Bezug in nur 6 Jahren zu stemmen! An touristischen Hotspots ist Ostermundigen sonst nicht eben reich. Dem Ortsfremden wird der Park beim Altersheim empfohlen, die Steinbrüche und die alte Dampflok der Steinbruchbahn (aus dem Sandstein vom Ostermundigenberg ist halb Bern gebaut, inklusive Münster).

Geerdete Persönlichkeit

Zwar versprüht die Liste berühmter Mündigerinnen Glamour: Ursula Andress, Michèle Hunziker, Julia Saner. Aber in Ostermundigen wohnen heute auch viele sozial schwächere Leute. Also bleiben die Steuereinnahmen überschaubar und die Kosten für Soziales hoch. Dazu kommt eine bürgerliche Steuerpolitik, die man den Gemeindebauten in zwischen ansieht: Es besteht ein eigentlicher Unterhaltsstau. Mit so magerer Ausstattung kommt Milizpolitik an ihre Grenzen. Es

braucht dafür geerdete Persönlichkeiten à la Weber Hadorn. Wie sie die Drei- bis Vierfachbelastung schafft? Man müsse, sagt sie, die Politik auch in gewisser Weise als Hobby betrachten. Wer keinen Spass an der Sache hat, lässt die Finger davon. Allen anderen, gerade der kommunal so schlecht vertretenen mittleren Generation und den Frauen, rät sie: «Traut euch. Auch wenn so ein Amt nicht endloses Zuckerschlecken bedeutet – es lässt sich darin jeden Tag Neues und Wertvolles lernen.»

Allerdings ist Maya Weber Hadorn gerade daran, ihren eigenen Ast abzusägen. Also das Amt abzuschaffen, das sie innehat. Denkwürdiger Augenblick: Letzten Sommer fand sich im Gemeindeparlament eine Mehrheit für Fusionsgespräche mit der Stadt Bern. Noch sind die Details des Ehevertrags nicht verhandelt. Und noch hält sich Ostermundigen offen, anderweitig (oder gar nicht) auf Brautschau zu gehen, sollte die Bundesstadt kneifen. Maya Weber Hadorn strebt den Zusammenschluss mit Bern an; er würde den gordischen Knoten zerhauen, in welchem strukturschwache Gemeinden im heutigen System gefangen sind.



HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



**EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN
UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!**

**Für Ihren Aufenthalt: Ermässigungen für
VPOD-Mitglieder (jederzeit gültig)**

Hotel:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Bungalow:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
20% Rabatt auf Preisliste



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87 • info@grappoli.ch

Folgen Sie uns auf

Osterangebot



Ostern
in Lugano

2 Nächte

im Doppelzimmer Standard
inkl. Halbpension
CHF 115.00 pro Person pro Tag

im Doppelzimmer Superior
inkl. Halbpension
CHF 125.00 pro Person pro Tag

3 Nächte

im Doppelzimmer Standard
inkl. Halbpension
CHF 110.00 pro Person pro Tag

im Doppelzimmer Superior
inkl. Halbpension
CHF 120.00 pro Person pro Tag

**FÜR VPOD-MITGLIEDER 15% RABATT
AUF DAS OBIGE ANGEBOT**

www.grappoli.ch

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 210 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich den Arbeitsbedingungen an der Tagesschule, die verbesserungsbedürftig sind. Im Kanton Waadt konnte eine Protestbewegung zumindest den weiteren Abbau von Ressourcen verhindern.

VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter / slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

